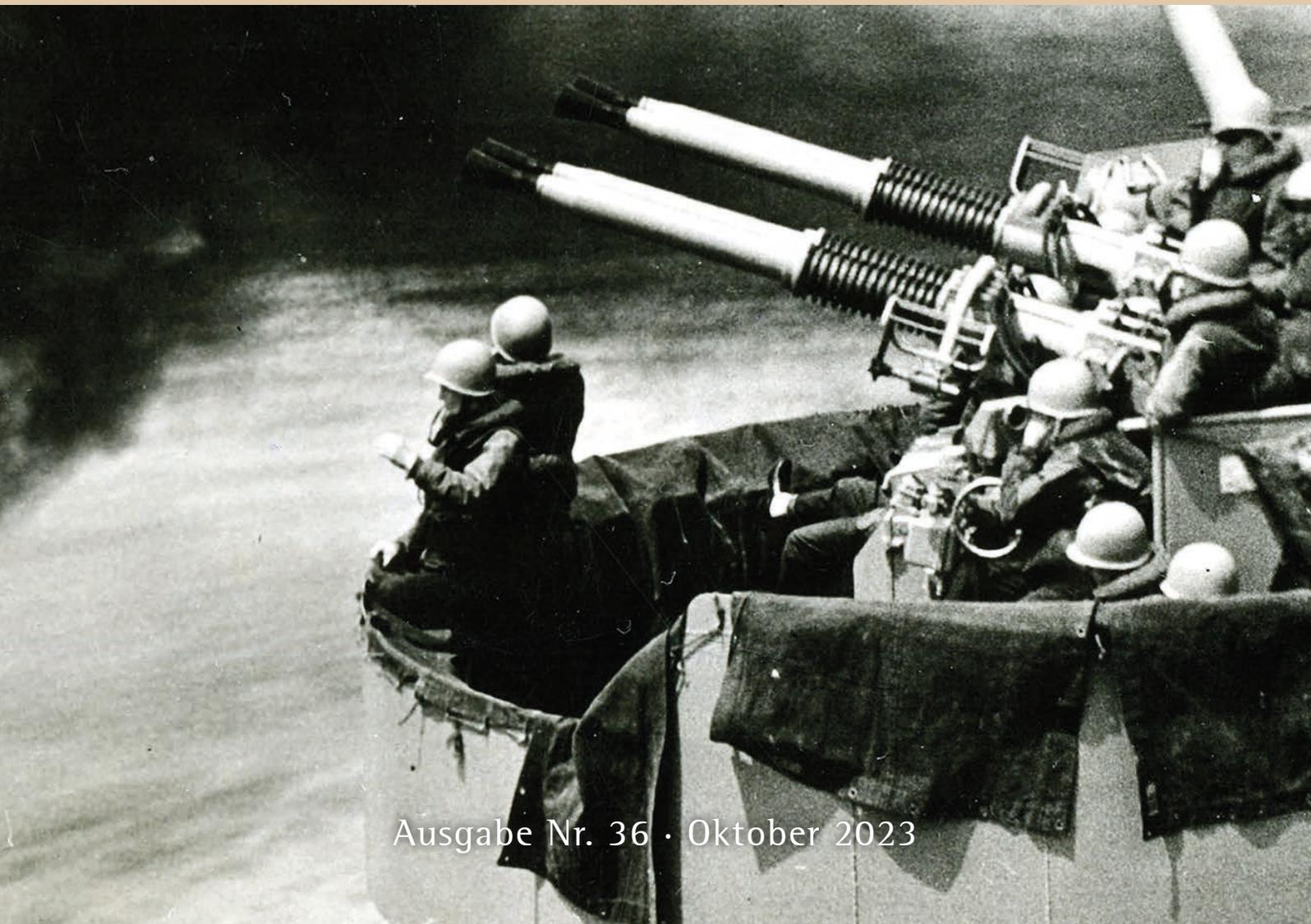




Attersee Report

Ewiger Friede - Ewiger Krieg?

Wolfram Schrems · Gottes Gabe und Gebot
Arnulf Helperstorfer · Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit
Norbert Nemeth · Die Mainzer Republik



Ausgabe Nr. 36 · Oktober 2023

PAIX!

Gott ist:
Tag-Nacht
Winter-Sommer
Sättigung-Hunger
Krieg-Frieden

Heraklit

Coverbild:

Das Schlachtschiff USS "Toledo" der US-Marine
feuert auf nordkoreanische Stellungen und
Verkehrsanlagen in Songjin, 1951.

Abbildung auf dieser Seite:
Für Frieden!

Fjodor Pawlowitsch Reschetnikow, 1950

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Die Sehnsucht nach ewigem Frieden ist so alt wie die Menschheit. Im Laufe der Zeit entwickelten sich unzählige Gedankenexperimente, wie der Zustand einer dauerhaften Abwesenheit von Krieg erreichbar wäre. Kant meinte, ewiger Friede herrsche, würde man alle Staaten in Republiken verwandeln, zumal kein Vater den eigenen

Sohn in den Krieg schicke. Adam Smith meinte, ewiger Friede würde herrschen, wenn die Staaten miteinander Handel trieben. Heute wissen wir, dass sich das eine wie das andere als Illusion entpuppt hat.

Ein realistischer Ansatz ist Friedrich Gentz gelungen. Seiner Einschätzung nach wird es ewigen Frieden nie geben, zu sehr sei der Mensch ein Mangelwesen, das sich im Bedarfsfalle immer hole, was es zum Leben brauche – mit welchen Mitteln auch immer. Die Aufgabe verantwortungsvoller Politik bestehe daher darin, die Wahrscheinlichkeit von Krieg zu minimieren. Abschaffen könne man ihn nicht. Dazu etablierte er ein System völkerrechtlichen Ver-



tragsrechtes und ein Paktsystem, wonach ein Aggressor, der *ein* Vertragsmitglied angreift, *alle* angreift. Kein Geringerer als Henry Kissinger hat diese aus der Zeit des Wiener Kongresses stammende Idee ins 20. Jahrhundert transformiert, wobei Österreich mit seiner Neutralität einen anderen Weg gegangen ist.

Gentz' Idee basierte allerdings auf der Überzeugung, dass alle Staaten souverän und gleichberechtigt seien. Es ging nie darum, einem Hegemon zu dienen, sondern – vor dem Hintergrund der napoleonischen Erfahrung – einen solchen zu verhindern. Aus diesem Grund lehnte er die Idee eines Weltstaates ebenso ab wie die eines Europäischen Bundesstaates. Solch einem Konstrukt gab er eine Lebensdauer von maximal fünfzig Jahren, dann würde der Krieg aus dem Inneren kommen: ein europäischer Bürgerkrieg.

Eine Prognose, der man ein hohes Maß an Beachtung schenken sollte.

Herzlichst Ihr
ParlRat Mag. Norbert Nemeth
Herausgeber

Inhalt



Theorie:

Im Anfang war die Gewalt	6
Gottes Gabe und Gebot	8
Frieden ist die erste Bürgerpflicht	12
Vom Werden einer Kriegspartei	18
Salam!	23



Praxis:

Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit	24
Brüder, Nachbarn, Todfeinde	33
Österreich bleib frei!	43



Feuilleton:

Die Mainzer Republik	44
Die Meuterei auf der Bounty	50
Adharas Stimme	54
Impressum	55

Editorial

Werte Leser!



„Gefährlich ist's, den Leu zu wecken,
/ Verderblich ist des Tigers Zahn; /
Jedoch das Schrecklichste der Schrecken,
/ Das ist der Mensch in seinem Wahn“,
heißt's bei Friedrich Schiller im *Lied von der Glocke*. Ja, die Gewalt, sie ist doch wohl unser ganz eigenes Metier, das wir vielleicht nicht so sehr als Rest aus dem



Tierreich in die Zivilisation mitgenommen, als vielmehr dort zur wahren Blüte gebracht haben. So sagt uns Arthur Koestler, der den Spanischen Bürgerkrieg als Berichterstatter miterlebte und sich schließlich vom Kommunismus abwandte:

„Der Klang, der am nachhaltigsten durch die Geschichte der Menschheit hallt, ist der von Kriegstrommeln. Stammeskriege, Religionskriege, Bürgerkriege, Erbfolgekriege, Nationalkriege, Revolutionskriege, Kolonialkriege, Eroberungs- und Befreiungskriege, Kriege zur Verhütung und Beendigung aller Kriege folgen einander wie in einer Kette zwanghafter Wiederholung, und es besteht aller Grund zu der Annahme, daß diese Kette auch in Zukunft nicht abreißen wird.“

Man muss sich auf den Gedanken einlassen, unser menschliches Tötungsverhalten auf das Tierreich zu übertragen, um die ganze Tragweite zu erfassen, was es heißt, als Spezies solche Moralen entwickelt zu haben, die das gegenseitige kriegerische Hinmorden rechtfertigen – ja teils mit einer Aura menschlicher Größe umgeben, vor deren Heroismus es einem, besitzt man ein für das Erhabene empfängliches Herz, schwerfällt nicht auch ergriffen zu sein. Zugleich doch will einen der Anblick eines erzürnten Menschenaffen, der einen schweren, scharfen Faustkeil schwingt, um seinen Artgenossen zu

erschlagen, zutiefst schauern lassen. Ich möchte den Leser einladen, sich dieses Bild im Zoo, nur einen Moment lang, wirklich vorzustellen.

Der Krieg, das ist die höchste Form der Trennung unter den Menschen. Und doch haben gerade die kriegerischen Stände der vergangenen Jahrhunderte gezeigt, wie

sehr die geteilte Lebensart verbrüdert, wovon ein Nachhall auch noch in der Soldatenehre unserer Tage nachlebt. Vielleicht verbindet der Krieg gerade so wie jeder Wettkampf (etwa die berühmte Mensur) nicht nur den Kameraden, sondern auch die Gegner, und Elias Canetti erinnert uns, dass „das Entscheidende und eigentlich Charakteristische an der Kriegsmeute ist, daß zwei Meuten da sind, die genau dasselbe gegeneinander vorhaben“.

Aber doch eben nicht zwei Meuten! Hier irrt er, denn ein Heer, das ist keine tierische Menge, sondern eine menschliche Ordnung – und es ist kein Wunder, dass die Urquelle staatlicher Legitimität in der Heeresversammlung lag. In ihr wird aus der Menge ein politischer Körper und damit gerade die Grundlage jener gesetzgebenden Gewalt, die den Menschen zum Frieden zwingt.

Sigmund Freud sagt: „Die Schicksalsfrage der Menschenart scheint mir zu sein, ob und in welchem Maße es ihrer Kulturentwicklung gelingen wird, der Störung des Zusammenlebens durch den menschlichen Aggressions- und Selbstvernichtungstrieb Herr zu werden.“

Es gehört zur Dialektik unserer Geschichte, dass nur Krieg und Frieden in ihrer Abfolge jene Lernerfahrung bieten können, die uns an diesen Auftrag gemahnt.

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

Im Anfang war die Gewalt



Krieg ist von allem der Vater, von allem der König, denn die einen hat er zu Göttern, die anderen zu Menschen, die einen zu Sklaven, die anderen zu Freien gemacht.

Heraklit, nach Hippolytos, *Haer.* IX 9,4

Die Einübung in das Kriegshandwerk darf nicht deswegen betrieben werden, um Leute zu versklaven, die es nicht verdient haben, sondern um erstens selber nicht von anderen versklavt zu werden, zweitens um die Oberherrschaft zum Nutzen der Beherrschten zu suchen [...] und drittens um die Zwingherrschaft über alle die zu bekommen, die wert sind, Sklaven zu sein.

Aristoteles: *Politik*, 1333b 38f.

Es macht das Gut und das Heil einer sozialisierten Menge aus, daß ihre Einheit erhalten bleibt, eine Einheit, die man Frieden nennt; wird er jedoch beseitigt, geht der Nutzwert des sozialen Lebens zugrunde, so daß die in sich uneinige Menge sich dann selber zur Last wird.

Thomas von Aquin: *De regimine principum*, l.1, c.3; III,595, col.3 Busa

[...] Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, daß Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird [...]

Charta der UN vom 26. Juni 1945, Präambel





Theorie

Panzer des 1. US-Marine-Panzerbattalion bei einem nächtlichen Angriff auf nordkoreanische Stellungen.

Wolfram Schrems

Gottes Gabe und Gebot

Der Friede und der zwiespältige Mensch



In der Geschichte der Menschheit nach dem Sündenfall sind Friedenszeiten ein seltener Zustand. Auch diejenige Zeit, in der „das Evangelium vom Frieden“ (*Eph 6,15*) in Europa die kulturprägende (und die Folgen des Sündenfalls abmildernde) Doktrin war, kannte Kriege, von außen der Christenheit aufgezwungene und innere. Das zwanzigste nachchristliche Jahrhundert, also das am meisten fortgeschrittene und fortschrittlichste, sah dann ein Novum: totalitäre Ideologien mit Millionen Toten und zwei mehrjährige Weltkriege mit bis dahin unvorstellbaren Zerstörungen und Kriegsverbrechen.

Seitdem schritt die Menschheit zu einer brisanten Situation planmäßiger Kriegsprovokation fort, die sich zu einem weiteren Weltkrieg auswachsen muss. Im Gegensatz zur Zeit der mittelalterlichen Christenheit, hat sich das Verantwortungsbewusstsein vor Gott nicht nur „von selbst“ verflüchtigt, es wird von mächtigen Gruppen bekämpft. Dem sollen hier einige Punkte der geoffenbarten Lehre vom Frieden entgegengestellt werden. Die Grundaussage dieses Aufsatzes ist, dass wahrer Friede nur das Resultat des Strebens der einzelnen Menschen nach dem Frieden Gottes sein kann.

Der Plan der folgenden Ausführungen ist dieser: Zunächst werden Aussagen des kirchlichen Lehramtes zum Frieden präsentiert. Im zweiten Teil beschäftigen wir uns mit der Haltung des gegenwärtigen Menschen zu Krieg und Frieden. Der dritte Teil thematisiert den „gerechten Krieg“. Im Resümee gehen wir auf eine bedingungsweise Friedensverheißung Gottes ein.

1. Warum Krieg?

Jeglicher Krieg geht letztlich auf die irrationale Rebellion des Lichtträger-Engels gegen Gott zurück (*Jud 6*, vgl. *Offb 12,7*). Wie man sich das genau vorzustellen hat und welche Motive hinter einem von

vorneherein aussichtslosen Aufstand standen, ist Gegenstand des mehr oder weniger erfolgreichen Nachdenkens der Theologen in Scholastik (Anselm von Canterbury, *De casu diaboli*) und Gegenwart (besonders zu nennen der US-Theologe und Exorzist P. Chad Ripperger). Dieser erste „kriegerische“ Akt verursachte sozusagen einen Riss in der Wirklichkeit. Dieser Riss kann durch keinerlei „Integration“ geheilt werden und wird auf dieser Erde bis zum Ende der Zeit bestehen, danach kommt die endgültige Scheidung. Darum versteht sich dieser Beitrag auch als Kritik an Utopien aller Art.

Derzeit werden Utopien den Menschen bekanntlich geradezu gewalttätig aufs Auge gedrückt: Der gerettete, CO²-freie, weitgehend menschenleere und mit Windrädern zur Mondlandschaft umgestaltete Planet ist derzeit die am aufdringlichsten oktroyierte. Angesichts der für viele überraschend aufgetauchten Kriegsbegeisterung ist dagegen die Friedensutopie etwa der achtziger und neunziger Jahre momentan etwas ausgesetzt. Aber die Propaganda, dass die heutzutage so in Misskredit geratenen Nationalstaaten die Quelle der Kriege sein sollen, ist allgegenwärtig: Wenn die Staaten in einen Weltstaat überführt sind, dann werde „ewiger Friede“ herrschen oder so ähnlich. Das ist natürlich eine Illusion. Unter den konkreten Bedingungen des Menschseins,



Friede beginnt im Inneren und verlangt Arbeit.



wie sie zwischen Sündenfall und eschatologischer Wiederherstellung (Apg 3,21) nun einmal abseits aller Utopie bestehen, muss sich das menschliche Streben nach Wohlwollen und Frieden unter Anleitung der göttlichen Gebote bewähren. Friede beginnt im Inneren und verlangt Arbeit. Realistisch sagt dazu der *Katechismus der Katholischen Kirche* (KKK):



Lucifer, Franz von Stuck, 1890

„Wenn Jesus an das Gebot: ‚Du sollst nicht töten‘ (Mt 5,21) erinnert, fordert er den Frieden des Herzens und verurteilt die Unsittlichkeit des mörderischen Zorns und des Hasses. Zorn ist ein Verlangen nach Rache. ‚Nach Rache zu verlangen zum Schaden dessen, der bestraft werden soll, ist unerlaubt; aber nach Rache zu verlangen zur Bestrafung der Laster und zur Bewahrung der Gerechtigkeit ist lobenswert‘ [Thomas v. Aquin]. Falls der Zorn so weit geht, daß man den Mitmenschen absichtlich töten oder schwer verwunden möchte, ist er eine schwere Verfehlung gegen die Liebe und damit eine Todsünde. Der Herr sagt: ‚Jeder, der seinem Bruder auch nur zürnt, soll dem Gericht verfallen sein‘ (Mt 5,22)“ (KKK 2302).

Das revolutionäre – oder angesichts der Revolution des Lichtengels besser als „konterrevolutionär“ bezeichnete – Element im Christentum ist der Befehl des Wohlwollens gegenüber jedem, auch dem Feind: „Haß gegen einen Mitmenschen ist eine Sünde, wenn man diesem absichtlich Böses wünscht. [...] Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet

für die, die euch verfolgen, damit ihr Söhne eures Vaters im Himmel werdet‘ (Mt 5, 44-45)“ (KKK 2303).

Damit ist eine innere Haltung gefordert, für die jeder persönlich verantwortlich ist und für die er einst zur Verantwortung gezogen wird. Diese Haltung schafft kein Paradies, macht das Leben aber um vieles erträglicher. Im öffentlichen Bereich herrscht der Friede „nur dann, wenn die

persönlichen Güter gesichert sind, die Menschen frei miteinander verkehren können, die Würde der Personen und der Völker geachtet und die Brüderlichkeit unter den Menschen gepflegt wird“ (KKK 2304).

Hier werden auch die berühmten Definitionen des Friedens als „Ruhe der Ordnung“ (Augustinus, *De civ. Dei* 19, 13) und „Werk der Gerechtigkeit“ (*Jes* 32,17) genannt. Christus ist der „Fürst des Friedens“ (*Jes* 9,5) und selbst „unser Friede“ (*Eph* 2, 14). Christus hat durch sein Blut „in seiner Person die Feindschaft getötet“ (*Eph* 2, 16). Er gibt den Frieden, wie ihn die Welt nicht geben kann (*Joh* 14,27). – Da Jesus diejenigen, die Frieden stiften, selig preist (*Mt* 5,9), haben sich beispielsweise Verantwortungsträger im 10. und 11. Jahrhundert aus dieser Motivation um kriegseinschränkende und friedensstiftende Maßnahmen (*Pax Dei* und *Treuga Dei*, daraus unser *Landfriede*) bemüht. Wichtig in diesem Zusammenhang ist es, den ausdrücklich christlichen Inhalt dieser Friedensinitiativen zu betonen. Sie kontrastieren



Ohne Auseinandersetzung spüren wir das Leben nicht, oder?



mit solchen aus dem 20. Jahrhundert, die auf unrealistischen anthropologischen Vorstellungen beruhten und daher fruchtlos waren. Darüber hinaus erinnern wir uns, dass „Friede“ eine hypnotisierende Propagandalüge der sowjetischen Außenpolitik war. Momentan wird die Rede vom „friedlichen Islam“ von den meisten nur mehr ironisch eingesetzt, ist aber immer noch „offizielle“ Sprachregelung.

Aber ist „Friede“ tatsächlich immer das, was die Leute wollen? Dazu eine grundsätzliche Beobachtung:

2. Die ambivalente Haltung des Menschen zum Frieden

„Friede“ ist, sollte man meinen, die Sehnsucht jedes Menschen. Oder wird manchen eh fad, wenn es zu friedlich ist? Ein Gedankenexperiment: Stellen wir uns eine Welt ohne Krieg vor, eine Welt ohne Grund zum Krieg, ohne Übelwollen und Hass. Unwillkürlich werden sich manche fragen: Ja, was tun denn die Leute da den ganzen Tag, wenn es nichts zum Streiten gibt? Ist eine Welt ohne Feindseligkeit nicht tödlich langweilig? Heißt das also, dass der Zeitgenosse in unseren Breiten, der keinen Krieg erlebte, tief in seinem Inneren bezüglich des Friedens zwiespältig ist? Woher kommt nämlich die Manie mit den Kriegsspielen am Rechner? Woher die Manie mit dem martialisch in Flecktarn adjustierten Virenjäger? Woher die aktuelle Kriegsbegeisterung?

Richtig: Ohne Auseinandersetzung spüren wir das Leben nicht, oder? „Das Leben nimmt sich nur im Wettkampf auf Leben und Tod wahr“, wie es jemand sagte. Eine vollständig friedliche Welt würde



Der Friede beglückt die Völker
Antoine Pesne, 1757

uns dieses Lebensgefühls berauben. Andererseits findet der entscheidende Kampf ohnehin woanders statt: gegen die totalitäre Eigendynamik der Welt, gegen die Versuchungen des Teufels, gegen die Tendenz der „Flucht vor Gott“ (Max Picard) und um die Konformität mit dem Gewissen. Schmal ist der Weg, der zum Leben führt. Hier beginnt der eigentliche, innere Krieg (von dem der äußere nur ein Abbild ist). Demjenigen, der ihn auf-

nimmt, wird nie wieder fad sein. Nur die gottlose Welt ist langweilig, darum sprangen auch so viele begeistert auf die Corona-Maßnahmen auf, die, wie es der Psychologe Mattias Desmet in *Psychologie des Totalitarismus* schrieb, eine hochwillkommene Abwechslung und „Befreiung aus dem unerträglichen und sinnlosen Trott des Arbeitslebens“ waren. Viele „hatten das dringende Bedürfnis nach einem gemeinsamen Feind“: Der Kampf gegen Impf-Dissidenten und Selbstdenker als Lebenssinn-Surrogat? So schaut es aus.

Vielleicht ist das auch die Antwort auf die bange Frage, wie das sein kann, dass der „heiße“ Krieg nun wieder nach Europa gekommen ist – trotz allen Friedensabkommen. Weil manche Leute eben *partout* Krieg wollen und weil viele Konformisten mitziehen. Mit Entsetzen hört man von der Verleumdung jener, die Frieden stiften wollen, als „gefallene Engel aus der Hölle“. Es ist nicht erinnerlich, dass Friedensstifter oder „Friedensaktivisten“ jemals dermaßen scharf vom System kritisiert worden wären. Selig sind aber die Friedensstifter. Unter den Bedingungen des nachparadiesischen Menschseins wird es auch dem gerechtesten und wohlwollendsten Friedensstifter nicht gelingen, den schlechthin paradiesischen Frie-



Schmal ist der Weg, der zum Leben führt.



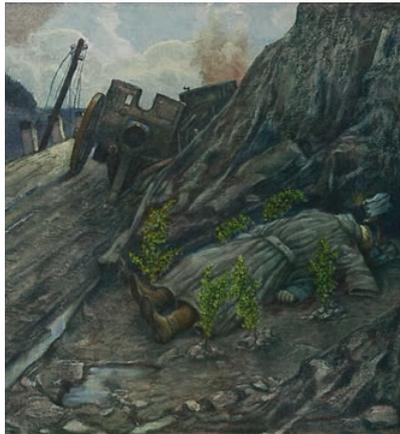
den zu vermitteln. Aber zwischen dem Wiener Kongress und den Pariser Vororte-Diktaten gibt es einen großen Unterschied. Damit zum dritten Punkt:

3. Friede und gerechter Krieg

Der Katechismus mahnt die Verpflichtung der Bürger und Regierenden ein, sich für die Vermeidung von Kriegen einzusetzen. Sind aber in Kriegsgefahr alle Möglichkeiten einer friedlichen

Regelung erschöpft, könne man einer Regierung das Recht auf sittlich erlaubte Verteidigung nicht absprechen:

„Die Bedingungen, unter denen es einem Volk gestattet ist, sich in Notwehr militärisch zu verteidigen, sind genau einzuhalten. Eine solche Entscheidung ist so schwerwiegend, daß sie nur unter den folgenden strengen Bedingungen, die gleichzeitig gegeben sein müssen, sittlich vertretbar ist: Der Schaden, der der Nation oder der Völkergemeinschaft durch den Angreifer zugefügt wird, muß sicher feststehen, schwerwiegend und von Dauer sein. Alle anderen Mittel, dem Schaden ein Ende zu machen, müssen sich als undurchführbar oder wirkungslos erwiesen haben. Es muß ernsthafte Aussicht auf Erfolg bestehen. Der Gebrauch von Waffen darf nicht Schäden und Wirren mit sich bringen, die schlimmer sind als das zu beseitigende Übel. Beim Urteil darüber, ob diese Bedingung erfüllt ist, ist sorgfältig auf die gewaltige Zerstörungskraft der modernen Waffen zu achten. Dies sind die herkömmlichen Elemente, die in der sogenannten Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ angeführt werden. Die Beurteilung, ob alle diese Voraussetzungen für die sittliche Erlaubtheit eines Verteidi-



Der Krieg
Hans Baluschek, 1915

gungskrieges vorliegen, kommt dem klugen Ermessen derer zu, die mit der Wahrung des Gemeinwohls betraut sind“ (KKK 2309).

Daraus folgt mehreres: Ein unprovocierter Angriffskrieg ist unmoralisch. Unmoralisch ist es, das eigene Land einer auswärtigen Macht als Aufmarschgebiet gegen einen benachbarten Staat zur Verfügung zu stellen. Es ist verwerflich, einen Krieg aus politischen Gründen zu initiieren.

Verwerflich ist es, den Gegner als personifiziertes Böses darzustellen. Es ist ein schweres Verbrechen, Abertausende zwangsweise rekrutierte Soldaten in sinnlosen „Gegenoffensiven“ zu verheizen. Ein, wie es ein berühmter Historiker sagt, „schlafwandlerisches“ Hineintaumeln in einen Krieg scheint übrigens als verharmlosende Darstellung der Dinge.

Resümee

Wie schon im *Attersee Report* Nr. 13/2017 ausgeführt, enthält die Offenbarung von Fatima (1917) eine konkrete Friedenszusage, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind: die Weihe Russlands an das Unbefleckte Herz Mariens durch Papst und Weltepiskopat und die kirchenamtliche Promulgation der Sühnesamstage. (In Fatima zeigte sich im Jahr 1916 zuerst der „Engel des Friedens“ den Seherkindern.) Leider hat die Kirchenführung nicht entsprochen. – Wir können hier an alle politisch Tätigen nur appellieren: *„Meide das Böse und tu das Gute, suche Frieden und jage ihm nach!“* (Ps 34, 15) Der Horror des Krieges sollte jeden Versuch nach Verhandlungsfrieden, Deeskalation und Kompromissen wagen lassen, genauso wie den Verzicht auf Utopien.

Jörg Mayer

Frieden ist die erste Bürgerpflicht

Über Natur- und Rechtszustand bei Thomas Hobbes und John Locke



„Wer zähmte klug des Pferdes Wüten, / Wenn seinen Lauf die Zügel nicht mehr zwängen, / Wer kann des Flusses wildem Zug gebieten, / Wenn seine Fluten stolz zum Meere drängen? / Wer kann des Felsens Niedersturz verhüten, / Der sich schon losreißt von den Bergeshängen? / Doch alles dies läßt noch sich leichter zäumen / Als eines Pöbels wütend-blindes Schäumen.“

Calderón de la Barca (1600-1681), der in seinem Schauspiel *Das Leben ist ein Traum* diese Worte der literarischen Figur eines Königs von Polen in den Mund legt, hätte sich mit unseren heutigen Verhältnissen wohl vertraut gefühlt. Wie noch heute im 21. Jahrhundert die Vereinigten Staaten von Amerika als militärische Supermacht ein weltweites Gespann an Stützpunkten und Interventionen aufrechterhalten, so verhielt es sich seinerzeit mit dem stolzen Spanien, das sich als der langsam niedergehende Hegemon Europas im 17. Jahrhundert unentwegt in bewaffneten Konflikten wiederfand. Was heute eine globale Leitwährung finanziert, zahlte einst das bare Silber aus den kolonialen Bergwerken, und so wollte kaum ein Jahr vergehen, in dem die Waffen zu ruhen gedachten – wahrhaft ein ewiger Krieg.

Doch so wie heute, nach den großen militärischen Exzessen des 20. Jahrhunderts und der Allgegenwart des atomaren Selbstvernichtungspotenzials, die Notwendigkeit einer globalen Friedensordnung jedem augenfällig geworden ist, so führten auch die kriegereischen Katastrophen der vergangenen Jahrhunderte immer wieder zu einem intensiven Nachdenken darüber, wie sich diese künftig verhindern lassen würden. Den Vereinten Nationen der Nachkriegs-, dem Völkerbund der Zwischenkriegszeit, dem wohlbalancierten Gleichgewicht aus den fünf

europäischen Großmächten Deutschland, England, Frankreich, Russland und Österreich im ausgehenden 19. Jahrhundert sowie der Friedensordnung des Wiener Kongresses zu dessen Beginn, ging vor dem 18. Jahrhundert das System des Westfälischen Friedens voraus, das auf die Abfolge mehrerer Kriege auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches von 1618-1648 reagierte. Indem Schweden und Frankreich für ihre innerreichlichen Territorien zu Reichständen geworden waren, Spanien wiederum dynastisch mit dem Kaiserhaus eng verwandt war, diente das nach-westfälische Reich auch als ein europäischer Friedensmechanismus.

Die Frage, die sich den politischen, juristischen und philosophischen Denkern im kriegsbewegten 17. Jahrhundert gestellt hatte, war: Wie ließ sich zwischen den Staaten, die sich in ihrem souveränen Naturzustand in einem Kampf aller gegen alle befinden, gewisse Rechtsverhältnisse einführen, so wie diese innerhalb der Staaten selbst den Kampf aller gegen alle hinderten? Es ist offensichtlich, dass diese beiden Bereiche wenigstens *per analogiam* dieselbe Fragestellung betreffen, und faktisch stellten sich zur Mitte des 17. Jahrhunderts beide zugleich in aktueller Brisanz, hatte doch, parallel zum Dreißigjährigen Krieg im Reich, der Englische Bürgerkrieg 1642-1649 vor Augen geführt, dass nicht nur



Prince Rupert, his Last Charge at Edgehill
Szene aus dem Englischen Bürgerkrieg, Berkeley, Stanley, 19. Jh.



[W]er den Himmel anruft, muß sicher sein,
daß er das Recht auf seiner Seite hat...



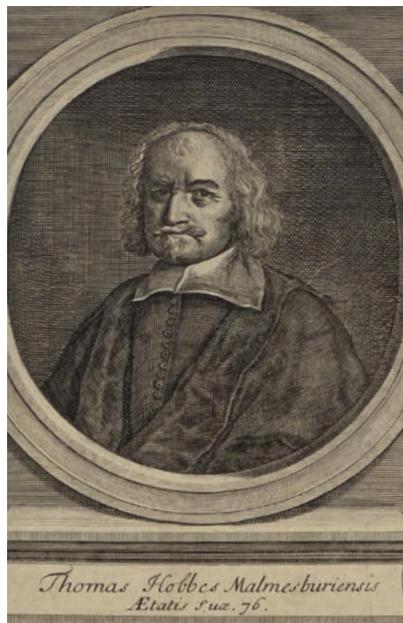
der Krieg zwischen den Staaten, sondern auch jener innerhalb des Staates zwischen den Bürgern jederzeit bittere Realität werden konnte.

Naturzustand und Rechtszustand

All jene späteren staatvertraglichen Übereinkünfte, wie sie sich in modernen Kriegsordnungen, supranationalen Organisationen, Atomwaffensperrverträgen usw. zeigen, dahingestellt, galt für die frühneuzeitliche Staatsphilosophie die grundlegende Unterscheidung zwischen einem natürlichen und einem verrecht-

lichten Zustand. Der Naturzustand ist dabei jener, in dem zwischen zwei Akteuren kein Dritter richtet und beide kein übergeordnetes Recht anerkennen, das ihren Streitfall entscheiden könnte. Bricht also ein Krieg aus zwischen Staaten, so begeben sich diese zueinander in den Naturzustand, da sie sich im Rechtszustand nicht mehr einigen können oder wollen. (Darum sind Appelle an das Recht in dieser Hinsicht so oft auch rein propagandistische Mittel: Der Kriegszustand selbst beweist ja, dass gerade kein gemeinsames Recht den Streitparteien möglich erscheint.)

Der Naturzustand besteht aber auch dort, wo die staatliche Durchsetzung des Rechtes nicht gewährleistet ist, etwa wenn Aufruhr herrscht und die Polizei die Straße räumt. Doch er lauert auch, etwas



Thomas Hobbes Malmesburiensis
John Michael Wright, circa 1669-1670

weiter gefasst, noch in alltäglichen Situationen, etwa wenn wir abends im Wald einem fremden Wanderer begegnen und sich dieser entschließen sollte, alle gesellschaftlichen Konventionen zu verlassen und mit dem Recht des Stärkeren über uns herzufallen. Auch hier verbleibt uns nur die bewaffnete Notwehr als das naturgesetzliche Mittel, unser nacktes Leben zu schützen.

Die klassische Lösung nun, unsere zwischenmenschlichen Verhältnisse in einen Rechtszustand überzuführen, besteht bei Thomas Hobbes (1588-1679), dessen Lehre wir an anderer Stelle schon öfters behandelt haben, in jenem

Gesellschaftsvertrag, bei dem das Volk sich dem politischen Körper als einem Souverän, der gleichsam das Agglomerat aller Bürger darstellt und sich im Monarchen repräsentiert, unterwirft. Dabei ist entscheidend, dass der Rechtsträger nur das Volk in ebendieser Gestalt ist, weshalb Hobbes in seiner 1640 vorgelegten Schrift *Naturrecht und allgemeines Staatsrecht in den Anfangsgründen* (*The Elements of Law, Natural and Politic*) klar unterscheidet:

„[D]as Wort ‚Volk‘ [people] hat eine doppelte Bedeutung. In dem einen Sinn bezeichnet es nur eine Anzahl von Menschen, welche sich durch das Land oder die Gegend, die sie bewohnen, unterscheiden; wie das Volk von England oder das Volk von Frankreich, welches nichts weiter heißt als die Menge jener besonderen Personen, die jene



...ein Recht zudem, das der Mühe und des Preises,
die sein Anruf verursacht, wert ist...



Gegenden bewohnen, ohne dass irgendwelche Kontrakte oder Verträge [contract or covenant] unter ihnen in Betracht kommen, wodurch irgendjemand den übrigen verpflichtet ist. In dem anderen Sinne bezeichnet es eine bürgerliche Person, das heißt entweder einen Mann oder einen Rat, in dessen Willen der Wille jedes einzelnen begriffen und eingeschlossen ist.“

Der aufgelösten Menge kommen keine Rechte zu, der Pöbel in seinem wütend-blinden Schäumen ist kein Souverän, sondern nur das Volk als geordnete Staatsgewalt ist ein solcher. Der mit dieser völligen Selbstpreisgabe des Volkes erkaufte Friedenszustand, so totalitär (und damit erst recht bar einer verlässlichen Sicherheitsgarantie) er uns Heutigen auch erscheinen mag, wird in seinem Wert dann verständlich, wenn ihm der reale Bürgerkrieg, den Hobbes miterlebte, als Drohkulisse gegenübergestellt ist. Der höchste Zweck des Staates ist sohin allein die Unterdrückung des Wolfs im Menschen und die Domestizierung des Bürgers zum Frieden.

Eigentum verpflichtet... den Staat

Für John Locke (1632-1704) ist diese hobbessche Konzeption schon im Grundsätzlichen verfehlt. In seiner Schrift *Über die Regierung* [The Second Treatise of Government] wendet er sich allerdings nicht



John Locke Esq.
Emmet Collection of Manuscripts

gegen Hobbes, denn da dessen Konzeption nahezu jede funktionierende Obrigkeit sanktionierte, war er bei Hofe nicht wohlgehten und somit nicht der relevante Gegner. Diesen stellte der eher unbekanntere Sir Robert Filmer dar, der das göttliche Recht der Könige verteidigte und entsprechende Reibflächen bot. Entscheidend ist hier, dass für Locke der Zweck des Staates im Schutz des Eigentums der Bürger besteht. Das geht über Hobbes klar hinaus, weil hier der Zweck nicht nur ein rein formaler Friede ist, sondern mit dem Frieden bestimmte inhaltliche Garantien verknüpft werden. So gewinnt Locke auch

ein Kriterium, an dem er die Legitimität der staatlichen Organe überprüfen kann. Wo sie ihrem Zweck des Eigentumsschutzes nicht nachkommen, handeln sie *ultra vires* und fallen damit zurück in den Naturzustand, wie ein Usurpator oder Verbrecher es tut. Im Kapitel über *Die Gewaltordnung im Staat* schreibt er:

„Wenn [der Machthaber] das Gesetz verletzt, hat er auch kein Recht auf Gehorsam, und er kann ihn auch nur in seiner Eigenschaft als mit der Gewalt des Gesetzes bekleidete öffentliche Person beanspruchen. Er ist daher als das Bild, die Erscheinung oder der Repräsentant des Staates zu betrachten, welcher durch den in ihren Gesetzen bekundeten Willen der Gesellschaft gelenkt wird; und er hat somit nur den Willen und die Gewalt

◆

*...denn er wird sich vor einem Tribunal zu verantworten haben,
das nicht getäuscht werden kann und das mit Gewißheit einem jeden vergelten wird...*

◆

des Gesetzes. Verläßt er jedoch diese Repräsentation, diesen öffentlichen Willen, und handelt nach seinem eigenen persönlichen Willen, so degradiert er sich selbst und ist nichts als eine einzelne Privatperson ohne Macht und ohne einen Willen, der ein Recht auf Gehorsam hätte – denn die Mitglieder der Gesellschaft schulden lediglich dem öffentlichen Willen der Gesellschaft Gehorsam.“

Locke unterscheidet drei Arten der Gewalt: 1. die elterliche über die Kinder als eine natürliche Gewalt, 2. die gesetzmäßige aus freiwilliger Übereinkunft als politische Gewalt und 3. die willkürliche eines einzelnen über einen anderen einzelnen als despotische Gewalt. Wenn letztere im Staate herrscht, bleibt dem Volk der Ausweg, den Himmel anzurufen. Hierbei ist freilich gute Überlegung geboten, denn „[w]er den Himmel anruft, muß sicher sein, daß er das Recht auf seiner Seite hat – ein Recht zudem, das der Mühe und des Preises, die sein Anruf verursacht, wert ist, denn er wird sich vor einem Tribunal zu verantworten haben, das nicht getäuscht werden kann und das mit Gewißheit einem jeden vergelten wird, je nach dem Schaden, den er irgendeinem anderen Untertan, d.h. irgendeinem Teil der Menschheit, verursacht hat.“

Dieser *Appeal to Heaven* sollte sich bekanntlich in den britischen Kolonien in Amerika schließlich verwirklichen, und vielleicht erinnern Sie sich an die



Sarah Bernhardt als Jeanne d'Arc, Plakat, 1889

Formulierung des aufklärerischen Predigers Jonathan Mayhew, der in einer früheren Ausgabe vorgestellt wurde, der davon spricht, dass ein König, der seine Pflicht verrät, *sich selbst ent-königt [he unking himself]*. Die Konsequenz, wenn ein Mensch, zumal ein staatlicher Repräsentant, sich des Gesetzes entledigt und den Zweck, für den er eingesetzt wurde, am Volke verrät, ist für Locke die des gemeinsten Verbrechers, denn wie der Räuber im Wald hat er sich uns gegenüber in den Naturzustand versetzt, aus dem heraus er einen gemeinsamen Rechtszustand nicht mehr zu seinem Schutze vor uns

beschwören kann: „*Der ungerechte Gebrauch von Gewalt also versetzt den Menschen in den Kriegszustand gegenüber einem anderen Menschen; und wer die Schuld trägt, verwirkt sein Leben damit. Da er sich abkehrt von der Vernunft, die zwischen Mensch und Mensch zur Regel gesetzt ist, und Gewalt anwendet nach Art der Tiere, läuft er Gefahr, von dem, gegen den er Gewalt anwendet, vernichtet zu werden wie irgendein wildes, reißendes Tier, welches seinem Dasein gefährlich ist.*“

Die Demokratie als Legitimationsfassade

Die politische Konzeption unserer heutigen europäischen Staaten liegt irgendwo auf halbem Wege zwischen Hobbes und Locke, oder eher noch: verfehlt beide Prinzipien in ihrer post-demokratischen



*...je nach dem Schaden, den er irgendeinem anderen Untertan,
d.h. irgendeinem Teil der Menschheit, verursacht hat.*



Laschheit. So darf einerseits der heutige Staat nicht herrschen gemäß jenem politischen Willen, der zu seiner eigenen kraftvollen Selbsterhaltung nötig wäre, sondern zerfällt jeden Tag in unzählbare Partikularinteressen, während das Volk als politischer Körper kaum mehr verwirklicht wird. Umgekehrt aber bleiben die hehren Zwecke, die der Staat sich vollumfänglich gesetzt hat, für den einzelnen Bürger nicht kontrollierbar, und jede Form eines Aufbegehrens gegen staatliche Zumutungen werden allein schon medial niedergebügelt. Die Demokratie funktioniert hier gleichsam als die wunderbare Legitimationsmaschinerie, mit der jede Bewegung in



Charlotte Corday, Edvard Munch, 1930

Richtung Hobbes oder Locke, man könnte überspitzt sagen: jede autoritäre wie libertäre politische Aktivität, aus dem Overton-Fenster ausgeschieden ist. Das zeitgenössische Sentiment dazu bringt Alfred Verdross in seiner *Abendländischen Rechtsphilosophie* im Abschnitte *Kritische Würdigung der Ergebnisse* über das Widerstandsrecht wohl auf den Punkt:

„Da nun aber das natürliche Rechtsgesetz das friedliche Zusammenleben der Menschen in Gesellschaft fordert, so muß es geringere Fehler des positiven Rechts in Kauf nehmen, um auf diese Weise sein oberstes Ziel: Frieden und Ordnung zu stiften, zu erreichen. [...] In einer freiheitlichen, demokratischen Gemeinschaft können solche Streitfragen in einer öffentlichen Diskussion erörtert und durch periodisch wiederkehrende Wah-

len entschieden werden. Jede Gewaltanwendung einzelner Menschen oder Gruppen gegen eine solche Gemeinschaftsautorität ist aus dem Grunde unzulässig, da die soziale Natur des Menschen eine friedliche Austragung aller Streitigkeiten fordert. Wenn daher eine solche möglich ist, dann entfällt jeder Grund zur Anwendung von Gewalt. [...] Wenn es sich aber um offenkundige Verstöße gegen das natürliche Rechtsgesetz handelt und alle friedlichen Mittel zur Änderung solcher Zustände erschöpft sind, [...] darf selbst in solchen Fällen gegen eine Gemeinschaftsautorität

nur dann Gewalt angewendet werden, wenn begründete Aussicht besteht, durch die ergriffenen Maßnahmen einen besseren sozialen Zustand herbeizuführen.“

Wer so einen Beweis wohl erbringen kann! In diesen Entscheidungen ist das Wagnis eines eigenen Gewissens wohl nicht zu vermeiden. Und hier schließt sich auch der Kreis zu vielen Geschichten, die wir Ihnen in den vergangenen Jahren an geeigneter Stelle darstellen durften: von den „Unbedingten“ unter den frühen Burschenschaftlern bis zur Bader-Meinhof-Bande, von den Amerikanischen Revolutionären bis zu Ché Guevara, von der Jungfrau Johanna bis zu Charlotte Corday. Es obliegt dem Leser zu entscheiden, welche Gewalttat jeweils auf den Ewigen Frieden und welche auf einen Ewigen Krieg zielte.

Rolf Stolz

Vom Werden einer Kriegspartei

Die deutschen Grünen im Spiegel der Zeiten



Gegründet im Januar 1980, bewegen sich die Grünen langsam auf das erste halbe Jahrhundert ihrer Existenz als Öko-Partei zu. Was aus ihnen wird, steht in den Sternen, und ob sie ihren politischen Standort und ihre Charakterprägung noch einmal ändern werden, ebenfalls. Wahrscheinlicher als eine Wende rückwärts zu dem, was die Grünen einst auszeichnete, ist ein verlässliches Kontinuum in der gegebenen Miserabilität.

In einer offiziellen Übersicht wird der Werte- und Gestaltwandel der Grünen in den Satz gekleidet: *„Hatten sich die politisch Aktiven der Jahrgänge 1945 bis 1965 in großer Zahl zunächst im Protest abgewandt, begann für sie mit den Grünen eine Rückwendung zum eingespielten repräsentativen Parlamentarismus der Bundesrepublik, wenn auch zunächst in Form einer ‚Anti-Parteien-Partei‘.“* In der Tat vollzog sich am Anfang der achtziger Jahre eine massenhafte innere Veränderung sozusagen vom Revoluzzer zum Lampenputzer, um auf Erich Mühsams traurige Figur des rotzig rebellierenden Spießers Bezug zu nehmen – allerdings zunächst nur untergründig. Das Saarbrücker Gründungs- und Grundsatzprogramm aus dem März 1980 hatte auf „Alternativen für alle“ gesetzt. Dem und der Konzeption Petra Kellys von der Anti-Parteien-Partei widersprach niemand offen. Eine grüne Regierungsbeteiligung schien unreal.

1. Akt

Und doch lauerten die späteren „Realos“ bereits auf ihre Chance, nach Verrat und Ausverkauf aller ihrer einstigen offiziellen Überzeugungen und nach Aufnahme in den Kreis der staatlich zugelassenen freiheitlich-demokratischen Grundordner mit

Staatsämtern und Diäten belohnt zu werden. Massenpsychologisch gab es für diese Entwicklung mehrere Gründe:

1. Die Frustration über das unverarbeitete Scheitern der Außerparlamentarischen Opposition 1968/69 wie auch der sich revolutionär fühlenden marxistisch-leninistischen Zirkel sowie der verschiedensten Kleinparteien (AUD, DKP, NPD usw.) in den siebziger Jahren prägte alle Abweichler. Aus diesem bunten Spektrum strömten Einzelpersonen und Seilschaften in das neue Sammelbecken. Es einte sie alle der Wunsch und die Hoffnung, jetzt endlich Erfolg zu haben und die Ernte des verlorenen Jahrzehnts einzufahren. Der putschistische Terror der „Roten Armee Fraktion“ war ebenso gründlich gescheitert wie die Revolutionierung der Arbeiter durch umkostümierte Intellektuelle. Angesichts dessen schienen parlamentsfixierte Doppel- und Dreifachstrategien definitiv aussichtsreicher als der drohende Ausblick auf Bahnhoßmission und Sozialamt.

2. Viele berufliche Existenzen waren durch das Brandtsche Berufsverbot des Radikalenerlasses oder durch private Unvollkommenheiten gescheitert. So hatte einen grünen Funktionär im Südwesten seine akademische Karriere auf die Stelle eines Hausmeisters in einem Studentenwohnheim geführt. Dass solche Menschen auf bessere Zeiten hofften und



*Wir begrüßen die neuen grünen Herren:
kapitalistisch, staatstragend, hierarchisch, postengeil.*



in ihrer Perspektiv- und Ratlosigkeit es irgendwann mindestens zum Landrat bringen wollten, ist nur zu verständlich. Seit der ersten Bundestagsfraktion 1983 wurden regelrechte Fischer-Chöre Mitglied in der vielversprechenden und vieles versprechenden Partei und signalisierten den Oberen: Nehme jede Arbeit an, stehe für alles zur Verfügung!

3. Biedere Christdemokraten (manchmal geprägt durch Jahrzehnte des Verbergens ihrer privaten Neigungen und nun angesichts des innergrünen Laissez-faire davon befreit), biedere Sozialdemokraten (oft sehr erfahren in den Trickereien der SPD-Machtkämpfe mit politischen „Tickets“ und Hinterzimmerkungeleien) und eingefleischte Ultraliberale sehnten sich zurück nach ihrer guten alten Zeit an den etablierten Fleischöpfen.

All das wirkte auf eine Gesamtkonstellation ein, in der sich Mitte der achtziger Jahre nach dem (trotz deutlichen Rückhalts in der Bevölkerung und trotz riesiger Demonstrationen) verlorenen Kampf gegen die NATO-Nachrüstung die grüne Friedenspolitik präziserte und radikalisierte. Die auf der Bundesebene von 1984 bis 1989 dominierenden „Fundis“ setzten die Forderung eines NATO-Austritts und eines Abzugs aller fremden Truppen durch, kapitulierten aber auf der Bundesdelegiertenkonferenz im April 1991 in Neumünster angesichts des erfolgreichen Durchmarsches der „Realos“, die nun ein Konzept der Grünen als „ökologische Reformpartei“ verfolgen konnten. Jutta Ditfurth und andere verließen unter dem Triumphgeheul auch der verbleibenden Salonlinken wie Jürgen Trittin und Ludger Volmer die Partei und engagierten sich in weitgehend rand-

ständig bleibenden Projekten wie der überwiegend auf Frankfurter Kommunalpolitik beschränkten Kleinpartei „Ökologische Linke“ („Ökolinx“). Das Transparent, unter dem sich Jutta Ditfurth in Neumünster der Presse stellte, verkündete nicht ganz zu Unrecht unter einem Mercedes-Stern: *„Wir begrüßen die neuen grünen Herren: kapitalistisch, staatstragend, hierarchisch, postengeil.“*

2. Akt

Programmatisch bedeutete dieser Umbruch am Ende der achtziger Jahre, der erst 2002 in einem neuen, 2020 erneut umgestrickten Grundsatzprogramm ausformuliert wurde, den Abschied von der alten Forderung bundesweiter Volksentscheide und deren Ersetzung durch obskure „Bürgerräte“ sowie ein Bekenntnis zu dem langfristigen Ziel einer „föderativen Republik Europa“ und damit faktisch zur Zerschlagung und Gleichschaltung der europäischen Nationen, zur Zerstörung der nationalen Leitkulturen. Im Jahr 2000 formulierte Joseph Fischer dies in seiner Humboldt-Rede unter dem Titel „Vom Staatenbund zur Föderation“ explizit. Ganz im Gegensatz dazu hatte das Saarbrücker Programm das Recht jedes Volkes verteidigt, „die ihm eigentümliche Kultur bewahren zu können“.

Ganz anders als aus Mitteldeutschland geflohenen, patriotisch-gesamtdeutsch denkende Linke wie Rudi Dutschke oder wie viele aus ostdeutschen Vertriebenenfamilien stammende Oppositionelle hatte ein Großteil der nach dem Krieg in Westdeutschland Geborenen das amerikanische Nachkriegsumerzie-

◆

*Das Prinzip der Gewaltfreiheit berührt nicht
das fundamentale Recht auf Notwehr und schließt
sozialen Widerstand in seinen mannigfachen Varianten ein.*

◆

hungsprogramm der „re-education“ verinnerlicht. Diese verquere Weltsicht eines sich selbst hassenden und gebückt büßenden Tätervolkes dominierte sowohl unter den Realos als auch unter den Fundis. Rabiatt äußerte sich das bei Claudia Roth („Deutschland, du mieses Stück Sch...“), gesitteter, aber noch mehr von selbstverneinenden Kollektivschuld-Phantasien durchdrungen bei Bielefelder und Berliner Volks-

belehrern. Lediglich kleine Gruppen wie die Grünen im Initiativkreis „Linke Deutschland-Diskussion (LDD)“ und in der „Koordination Friedensvertrag“ vertraten jene Ziele, die auch die Neutralisten und nationalen Linken der Nachkriegszeit verfochten hatten und die dem grünen Programm entsprachen, in dem es hieß: *„Der Ausbau einer am Leitwert Frieden ausgerichteten Zivilmacht muß mit der sofort beginnenden Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes einhergehen. Damit wird die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden.“*

Durch die mentalen und moralischen Defizite der grünen Funktionäre kam es dazu, dass die Grünen als letzte deutsche Partei im April 1990 murrend der Wiedervereinigung zustimmten – sogar später als die nach den Volkskammer-Wahlergebnissen des 18.



“Fest der Einheit“ in der Nacht vom 2. zum
3. Oktober 1990, Pariser Platz am Brandenburger Tor.

März 1990 klüger gewordene PDS, die immerhin in Hans Modrow einen Mann an der Spitze hatte, für den Patriotismus und Internationalismus unbedingt zusammengehörten. Immerhin gab es bei einzelnen Grünen späte selbstkritische Einsichten, dass der dumm-dreiste nationale Nihilismus des Wahlkampflogans von 1990 „Alle reden vom Wetter“ verheerend war. Rainer Trampert hat-

te die Anständigkeit, mir 1990 im Hinblick auf die deutsche Frage zu sagen: „Rolf, du hattest recht“, wohingegen Jürgen Reents (damals noch Grüner, später Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“) giftete: „Dein anderes Deutschland, das ist nicht meins.“

Hatte das Saarbrücker Programm 1980 noch eindeutig festgelegt: *„Gewaltfreiheit gilt uneingeschränkt und ohne Ausnahme zwischen allen Menschen, also ebenso innerhalb sozialer Gruppen und der Gesellschaft als Ganzem als auch zwischen Volksgruppen und Völkern“*, so wurde ab den neunziger Jahren der militärischen Intervention das Wort geredet. Daniel Cohn-Bendit, Revoltenanführer im französischen Mai 1968, forderte eine knappe Generation später das militärische Eingreifen in Bosnien-Herzegowina. Joseph Fischer arbeitete konsequent auf sein Lebensziel „nie wieder arm und unbedeutend“ hin – das Außenministerium,

◆

Obwohl wir zweifellos alle in einer Welt leben, so widerspräche es doch völlig den Grundsätzen einer ökologischen Politik, wenn man alle Probleme einheitlich und zentralistisch lösen wollte.

◆

den Platz auf dem Schoß von Madeleine Albright, das Werbevertragssteuer im Elektro-BMW und die eigene Kapitalberatungs- und Lobbyismusfirma fest im Blick.

Im Programm von 1980 heißt es klipp und klar: *„Das Prinzip der Gewaltfreiheit berührt nicht das fundamentale Recht auf Notwehr und schließt sozialen Widerstand in seinen mannigfachen Varianten ein.“* Notwehr ist immer die Selbstverteidigung gegen einen in das eigene Land eingedrungenen Feind – kein ernsthafter Mensch kann behaupten, dass Serbien oder die Taliban Deutschland angegriffen oder die mindeste Möglichkeit dazu besitzen hätten. Genauso wenig hat Russland Deutschland 2022 attackiert oder bedroht.

. . .
3. Akt
. . .

Es war Gerhard Schröder, der es am 24. März 1999 schaffte, in seiner Fernsehansprache dem Volk zu verheimlichen, dass der Generalsekretär der UNO Kofi Annan einen Angriff auf Serbien strikt ablehnte. Gleichzeitig schwafelte der Basta-Kanzler davon, dass man mit Luftschlägen der NATO gegen militärische Ziele keinen Krieg führe, sondern „aufgerufen“ sei, „eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen“. Parallel zu



Bosnien und Herzegowina nach dem Dayton-Abkommen,
US-amerikanische IFOR-Soldaten befüllen Benzinkanister.

ihm predigte (unter Missbrauch von Auschwitz für kleinste und übelste Zwecke) sein Außenminister Joseph Fischer davon, wegen „Nie wieder Auschwitz“ müsse Serbien bombardiert werden.

Es war Gerhard Schröder, der von den Grünen die Entscheidung für den Kosovo-Krieg als Eintrittskarte in die rot-grüne Regierung verlangte, aber es gab zugleich Grüne wie die 1994 als verteidigungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion gewählte Abgeordnete

Angelika Beer, die darüber jammerten, man nenne sie „Kriegstreiber“, wo sie doch nur eine alternative „schwierige Entscheidung“ getroffen hätten. Jedenfalls waren ihnen ihre Regierungsposten allemal wichtiger als die einstigen hehren Grundsätze.

Man vergleiche nur einmal die folgenden Sätze des „Saarbrücker Programms“ von 1980 mit der jetzigen verbaerbockten Außenpolitik: *„Das Weiterleben auf unserem Planeten Erde wird nur gesichert werden können, wenn es zu einer Überlebensgemeinschaft aller Menschen und Völker kommt. Darum ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt der oberste Grundsatz unserer Außenpolitik.“* Wie sieht denn die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Syrien aus, dessen Regierung in einem Überlebenskampf gegen die vom Erdogan-Regime hochgerüsteten islamistischen Terroristen



Rolf Stolz war Aktivist in der Studentenbewegung und Mitglied kommunistischer Gruppen. 1980 wurde er ein Mitgründer der Grünen. Er publiziert in zahlreichen Zeitschriften, u.a. auch in der Jungen Freiheit und in Compact, und bezeichnet sich als dissidentischen Linken zwischen den Fronten.



steht? Oder die Partnerschaft mit Russland per Sanktionen, per Nordstream-Sprengung, per Drangsalierung russischer Künstler? Immer wieder wird die Formel der „Einen Welt“ herangezogen, um Ein- und Übergriffe aus Brüssel, von der Weltbank, der UNO, der WHO zu rechtfertigen – ganz im Gegensatz zu der klaren Aussage des 1980er-Programms: *„Obwohl wir zweifellos alle in einer Welt leben, so*



Platz vor dem Hauptbahnhof von Trostianets, Ukraine, nach dem Abzug der russischen Truppen aus der Stadt, März 2022

widersprüche es doch völlig den Grundsätzen einer ökologischen Politik, wenn man alle Probleme einheitlich und zentralistisch lösen wollte.“ Die damaligen Grünen votierten gegen eine *„Anmaßung der Industrieländer, aufgrund wirtschaftlicher Interessen ihre technisch-materialistische Einheitszivilisation allen Menschen aufdrängen zu wollen“.*

Ausblick

Es gab und gibt keine Rechtfertigung, sich an der Seite der Ukraine militärisch am Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu beteiligen. Der militärische Widerstand der Ukraine gegen die russische Föderation ist eine innere Angelegenheit dieses Landes, ihres Staates, ihrer Bevölkerung, in den sich kein anderes

Land einmischen sollte. Denn es waren ja gerade die westlichen Einmischungen in das Vorfeld Russlands – das Organisieren einer „Farbenrevolution“ unter anderem in Kiew, das Vordringen der NATO, die Verhinderung einer Verwirklichung des Minsker Abkommens, der ukrainische Beschuss der Separatistengebiete, die Weigerung, die von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung getragene Sezession der Krim anzuerkennen – die zum russischen Militärschlag führten.

Von außen sollte man deshalb humanitäre Hilfe leisten, um die Bevölkerung zu unterstützen und auch den Binnenflüchtlingen eine akzeptable Existenz zu ermöglichen. Man sollte für einen baldigen Waffenstillstand und für einen tragfähigen Friedenskompromiss plädieren. Allerdings ist das ohne fundamentale Veränderung auch in Deutschland nicht zu haben, denn noch haben wir statt einer souveränen Republik zwischen Rhein und Oder ein unter US-Kuratel gestelltes Gebiet. Statt einer Bundeswehr, die willens und fähig ist, vorrangig die Heimat zu schützen, haben wir eine Armee, die nach wie vor über die NATO in den Konflikten der USA und unter amerikanischem Oberbefehl für amerikanische Globalinteressen eingesetzt wird.

Salam

Von Laila Mirzo



Die Realität hat verschiedene Perspektiven, die Wahrheit aber nur eine. Religionen allerdings haben zumeist ihre eigene Definition der Welt und einen absolutistischen Wahrheitsanspruch. Während die christlichen Kirchen nach der Reformation und der Aufklärung zunehmend in die Defensive gerieten und schließlich Kompromisse eingegangen sind, musste sich der Islam nie solcherart rechtfertigen oder gar reformieren. Er musste sich nicht dem Zeitgeist anpassen, er unterwirft sich nicht einer kulturellen Evolution, vielmehr sind es die Muslime selbst, die über die jeweilige Lesart entscheiden und für sich einen individuellen Interpretationsspielraum erschließen. Das kann über Krieg und Frieden entscheiden.

Ein weitverbreitetes Narrativ, was den Islam angeht, ist die Behauptung, „Islam“ würde „Frieden“ bedeuten. Dies mag daran liegen, dass das arabische Wort für Frieden, „Salam“, eine phonetische Ähnlichkeit mit „Islam“ hat. Doch „Islam“ bedeutet dem Wortsinne nach „Unterwerfung“ oder „Ergebenheit“ unter den Willen Gottes. Frieden verspricht der Islam für die Menschen erst nach erfolgter Kapitulation. Nur wer sich der islamischen Glaubensgemeinschaft, der „Umma“, anschließt und sich den Gesetzen der Scharia unterwirft, wird diesen versprochenen Frieden erfahren.

Der islamische Weltfriede wird in letzter Konsequenz also erst einkehren, wenn sich alle Menschen zum Islam bekannt haben. Bis dieses Universalziel erreicht ist, muss die Umma den Dschihad gegen die Ungläubigen führen, dies kann gewaltfrei erfolgen oder mit Blutvergießen. Bis zur vollständigen Isla-

misierung und Einheit der Umma teilt die islamische Lehre die Welt in zwei georeligiöse Gebiete auf: das „Haus des Krieges“ und das „Haus des Islam“. Im sogenannten „Haus des Krieges“ haben sich die Menschen noch nicht dem Islam unterworfen. Dort sind die Gläubigen angehalten, den Islam zu verbreiten: *„Und kämpft wider sie, bis kein Bürgerkrieg mehr ist und bis alles an Allah glaubt!“* (Sure 8, Vers 39)

Die islamische Kolonialisierung der Welt begann im 7. Jahrhundert auf der Arabischen Halbinsel und erfasste innerhalb nur weniger Jahrzehnte große Teile der damals bekannten Welt. Der Islam hat dabei seinen Siegeszug weniger mit Heilsversprechen bestritten als mit dem Schwert. Das Prinzip „Vogel, friss oder stirb!“ trifft den Sachverhalt wahrscheinlich am ehesten. Die islamischen Eroberer waren keine Missionare. Den unterworfenen Stämmen und Städten machten sie das offene Angebot, entweder den Islam anzunehmen und damit der islamischen Umma beizutreten oder den ursprünglichen Glauben zu behalten, dafür aber eine hohe Kopfsteuer zahlen zu müssen und in diesem „Dhimmi-Status“ gewisse Einschränkungen der damaligen „Bürgerrechte“ in Kauf zu nehmen.

Die DNA des Islam ist seinem Ursprung nach auf die Kriegsführung programmiert. Nicht umsonst sind sämtliche Verse im Koran den Bestrafungen der Ungläubigen und den Belohnungen der Dschihadisten gewidmet. Der Islam hat einen absolutistischen Alleinherrschaftsanspruch, dies ist sein Ideal von der Welt. Solange diese Alleinherrschaft aber nicht erreicht ist, bleibt das Friedensversprechen des Koran unerfüllt.



Praxis

Ein Lademeister der U.S. Air Force führt qualifizierte Evakuierte an Bord einer C-17 der U.S. Air Force zur Unterstützung der Evakuierung Afghanistans am Hamid Karzai International Airport, Afghanistan, 21. August 2021

CGU-1/B CL2 22947/C12887C240

Arnulf Helperstorfer

Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit

Afghanistans Schicksal zwischen den Weltmächten



1978, vor 55 Jahren, begannen die Kriegshandlungen in Afghanistan, die 2021 mit dem Rückzug der US-geführten Koalition ein vorläufiges Ende fanden. Zurück bleiben ein völlig zerstörtes Land und bis zu drei Millionen Tote und Millionen an Flüchtlingen. Neben inneren Zwistigkeiten in dem multi-ethnischen Land, waren es vor allem externe Akteure, die den Konflikt immer und immer wieder anfachten.

Aus einem Bürgerkrieg wurde so ein ewiger Krieg, in den alle großen und regionalen Mächte involviert waren.

Als „Großes Spiel“ war das Kräftemessen zwischen dem Russischen Zarenreich und dem Britischen Empire im 19. Jahrhundert in die Geschichtsbücher eingegangen. Mit der Eroberung Zentralasiens durch die Russen und der Konsolidierung der britischen Herrschaft in Indien war Afghanistan in den Fokus beider Mächte gerückt. Vor allem die Briten fürchteten eine Invasion des Juwels ihres Kolonialreichs durch die expandierenden Russen. Nach zwei verlustreichen anglo-afghanischen Kriegen, die die enormen Schwierigkeiten der Kriegsführung in dem bergigen, von zähen Stämmen bewohnten Land deutlich zeigten, wurde von den Briten die Durand-Linie als Grenze zwischen Afghanistan und Britisch-Indien festgelegt. Das Siedlungsgebiet der Paschtunen, der größten Ethnie Afghanistans und zweitgrößten Pakistans, wurde damit zerschnitten.



*Der Einmarsch verläuft nach typischem Sowjetschema,
schnell, effektiv und erfolgreich.*



Die britische Furcht vor einer russischen Invasion war indes ebenso unbegründet wie die russische Angst vor einem Vorstoß der Briten in ihre zentralasiatischen Gebiete. Derartige Unternehmen gingen nie über unbestimmte Planungsstadien hinaus; es wäre im 19. Jahrhundert fast unmöglich gewesen, eine Invasionsarmee durch Afghanistan zu führen und zu versorgen. Dennoch bestimmten derartige Ängste nicht nur politische Entscheidungen im 19. sondern auch im 20. Jahrhundert.

Roter Stern über Afghanistan: Der Beginn der afghanischen Tragödie

Als die 40. Armee der Sowjetunion am 25. Dezember 1979 im Begriff ist, die Grenze zu Afghanistan zu überschreiten, steht das Land bereits in Flammen. Denn knapp ein Jahr zuvor haben die afghanischen Kommunisten in der Saur-Revolution die Macht an sich gerissen und Präsident Mohammed Daud Khan ermordet. Die nach blutigen Flügelkämpfen innerhalb der Kommunisten dominierenden Vertreter der paschtunisch-ländlich geprägten Khalq-Fraktion setzen auf blanken Terror; Josef Stalin und seine brutale Transformation der zentralasiatischen Sowjetrepubliken sind das Vorbild. Angehörige der Oberschicht, Geistliche, Stammesführer, politische Gegner füllen die Gefängnisse oder werden sofort erschossen. Doch der Terror kann nicht über die dünne Unterstützung und den mangelnden Rückhalt der Kommunisten hinwegtäuschen. Der anhaltende innerparteiliche Konflikt zwischen Khalq und



Sowjetische Panzer auf einer Bergstraße Afghanistans

ihren Widersachern, den tadschikisch-städtisch geprägten Parcham, verschlimmert die Situation. Schnell regt sich Widerstand und erreicht im März 1979 einen ersten Höhepunkt: Rebellen, unterstützt von meuternden Soldaten, übernehmen die Macht in Herat, ermorden Kommunisten

und sowjetische Berater. Verzweifelt erbitten die Machthaber die Hilfe der Roten Armee.

Die alten Führer der UdSSR sind uneins über das weitere Vorgehen, haben kein klares Bild von der Lage. Im Politbüro sind vor allem KGB-Chef Andropow, Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow gegen eine Intervention. Ihre Argumente sind stichhaltig, ihre Prognosen werden sich später erfüllen: Die Sowjetunion würde als Aggressor gebrandmarkt, die internationalen Spannungen würden steigen und sowohl die USA wie auch China würden die Chance, der Sowjetunion zu schaden, sicherlich ausnutzen. Andropow bringt das größte Problem klar auf den Punkt: Die Rote Armee würde gegen das Volk kämpfen und sehr schnell als Unterdrücker wahrgenommen werden. Es handle sich um ein politisches Problem, dass von der afghanischen Regierung gelöst werden müsse.

Doch die Situation verschlimmert sich immer weiter und die afghanische Armee steht bald wegen Massendesertationen vor der Auflösung. Jetzt werden Truppen der Roten Armee an der Grenze in Stellung gebracht, KGB-Kommandos nach Afghanistan verlegt. Die Argumente der Interventionsbefürworter gewinnen immer mehr an Gewicht: Ein islamistisches Regime wie im Iran könnte die muslimischen



Im darauffolgenden Antipartisanenkrieg setzen die Sowjets auf ähnliche Taktiken wie die USA in Vietnam.



Sowjetrepubliken destabilisieren – eine von Andropows größten Sorgen. Die Feinde der UdSSR, Pakistan und die USA, könnten sich breitmachen. Die Sorgen werden sich viele Jahre später als berechtigt herausstellen; bereits seit 1978 operieren die CIA und der pakistanische Geheimdienst



Wrack eines sowjetischen Kampfpanzers T-55 in Ghazni

ISI in Afghanistan und der Bürgerkrieg sollte Anfang der 1990er-Jahre auf Usbekistan und Tadschikistan überschwappen. Die Ermordung des afghanischen Präsidenten Taraki durch seinen Stellvertreter Amin dürfte aber wohl den letzten Ausschlag gegeben haben; KPdSU-Chef Breschnew hat persönlich für Tarakis Sicherheit garantiert. Es folgt der Invasionsbefehl.

Der Einmarsch verläuft nach typischem Sowjetschema, schnell, effektiv und erfolgreich. Spezialeinheiten stürmen den Präsidentenpalast und ermorden Amin. Fallschirmjäger besetzen Bagram, den größten Luftwaffenstützpunkt nördlich von Kabul; sowjetfreundlich afghanische Politiker des Parcham-Flügels werden eingeflogen und übernehmen die Macht, mechanisierte Einheiten stoßen gleichzeitig über die wichtigsten Verkehrswege vor und besetzen die großen Städte. Damit hoffen die Sowjetführer das Regime zu stabilisieren, nach spätestens drei Jahren wollen sie sich zurückziehen. Im darauffolgenden Antipartisanenkrieg setzen die Sowjets und ihre afghanischen Verbündeten auf ähnliche Taktiken wie die USA in Vietnam: „Sichten und Vernichten“, „Säubern und Halten“ sowie großflächige Luftangriffe, scheitern ebenso und bringen ebenso die Bevölkerung mehr und mehr gegen die Invasoren auf.

Erst 1985 fasst Michael Gorbatschow den endgültigen Entschluss zum Abzug. Das Genfer Abkommen von 1988 zwischen den USA, der UdSSR, Afghanistan und Pakistan soll die Nicht-einmischung in innerafghanische Angelegenheiten regeln, niemand hält sich daran. Am 15.

Februar 1989 verlässt General Gromow als letzter Kommandeur der 40. Armee nach dem geordneten Rückzug seiner Truppen Afghanistan. Die Kommunisten können sich entgegen aller Vorhersagen mit sowjetischer Unterstützung noch drei Jahre in den größeren Städten halten. 1992 sinkt der Rote Stern über Afghanistan endgültig. Afghanistan ist da bereits ein zerstörtes und zerrissenes Land.

Operation Cyclone: Den Sowjets ihr Vietnam bereiten

Einen Tag nach der Invasion Afghanistans legt der Nationale Sicherheitsberater Brzezinski US-Präsident Carter eine Denkschrift mit dem Titel *Reflections on Soviet Intervention in Afghanistan* vor. Die Sowjets würden Afghanistan als Basis für weitere Expansionsbestrebungen hin zum Indischen Ozean und zum Nahen Osten nutzen. Auch wenn diese Behauptung ebenso unzutreffend ist wie die britischen Invasionsängste hundert Jahre zuvor, entfaltet sie große Wirkmacht. Die prowestlichen Mächte der Region, vor allem Pakistan und Saudi-Arabien, werden zu wesentlichen Unterstützern einer US-Politik, die in Grundzügen bereits in dieser Denkschrift dargelegt ist. Brzezinski hält den afghanischen Widerstand für



In Afghanistan verteidigen jetzt bärtige Gotteskrieger die freie Welt gegen den Kommunismus, die USA können sich für ihre Niederlage in Vietnam rächen.



zu schwach, um es effektiv mit den Sowjets aufzunehmen; die zerstrittenen, kleinen Gruppen seien nicht vergleichbar mit dem Vietcong. Dennoch müsse alles getan werden, um den Widerstand zu stärken. Eine Woche später präzisiert Brzezinski in einem neuen Memo: Ziel sei ein vollständiger Rückzug der



Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989: Militärposten der Regierung als Teil des Verteidigungsringes von Kabul.

Sowjets; könne das nicht erreicht werden, müsse ihnen maximaler Schaden zugefügt werden. Die daraus entstehende „Operation Cyclone“ wird zur größten Geheimoperation der USA im Kalten Krieg.

Nachdem die CIA den afghanischen Widerstand bereits vorher mit Geld und Nachschub in geringem Umfang unterstützt hat, genehmigt Carter 1979 Waffenlieferungen im Umfang von 50 Millionen US-Dollar. Gleichzeitig gewinnen die USA eine Reihe weiterer Unterstützer für diese Operation: Saudi-Arabien gewährt großzügige finanzielle Unterstützung; China liefert Waffen östlicher Bauart, um die westliche Unterstützung zu verschleiern. Der dem pakistanischen Militär unterstehende Geheimdienst ISI stellt die Kontakte zu den Widerstandsgruppen her und behält sich allein die Verteilung von Waffen, Nachschub und Geld vor. Pakistan dient als Basis und Rückzugsraum. Unter US-Präsident Reagan steigt die Unterstützung weiter an und wird sowohl im Westen als auch den islamischen Staaten immer populärer. In Afghanistan verteidigen jetzt bärtige Gotteskrieger die freie Welt gegen den Kommunismus, die USA können sich für ihre Niederlage in Vietnam rächen. Als die Rote Armee aus Afghanistan abzieht, kabela die CIA-Station im pakista-

nischen Islamabad lakonisch nach Washington: „We have won.“

Taliban,
Al-Quaida und der ISI:
Eine explosive Mischung

Der bisherige Verlauf des Afghanistankonflikts ist aus pakistanischer Sicht ein voller Erfolg. Das Thema der Kernwaffenproli-

feration, bis 1979 Grund für US-Sanktionen gegen Pakistan, ist völlig in den Hintergrund gerückt und die „Bombe“ zum Greifen nahe. Die USA haben das pakistanische Militär geradezu mit Geld überschüttet, die bilateralen Beziehungen sind blendend. Pakistan möchte nunmehr in Afghanistan „strategische Tiefe“ gegenüber dem indischen Erzfeind gewinnen, der in den 1970er-Jahren von Afghanistan geschürte paschtunische Nationalismus soll eingehegt werden. Deswegen ist die alleinige Entscheidungsmacht, welche Mudschaheddin-Gruppen unterstützt werden, so wichtig. Pakistans wichtigstes Eisen im Feuer ist die islamistische Hizb-i Islami des Paschtunen Gulbud-din Hektmatyar. Hochgerüstet und unterstützt von Offizieren des ISI sollen Hektmatyars Kämpfer nach Kabul vorstoßen und dort eine von Pakistan gelenkte Regierung installieren. Der Plan scheitert zuerst am verzweifelten Widerstand des untergehenden kommunistischen Regimes. Dann sind die tadschikischen Milizen des Ahmed Shah Massud, ein Feind des pakistanischen Einflusses, zuerst in der Hauptstadt.

In diesen Jahren nach dem Abzug der Sowjets und dem Fall des alten Regimes versinkt Afghanistan vollständig im Chaos, die Mudschaheddin-Kommandanten übernehmen als Warlords das Kom-



Die Taliban versuchen zunächst entsprechend den Grundsätzen der Scharia in ihrem engeren Umfeld für Ordnung zu sorgen und Übeltäter zur Rechenschaft zu ziehen.



mando über verschiedene Territorien und bekämpfen sich gegenseitig. Sie sind größtenteils korrupt, grausam und drangsaliieren die Bevölkerung. In dieser Situation entsteht im Süden eine neue paschtunische Gruppe, die Taliban. Die Taliban versuchen zunächst entsprechend den Grundsätzen der Scharia in ihrem



Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989: Flugzeug der afghanischen Luftwaffe am Flughafen Kabul mit Täuschkörpern

engeren Umfeld für Ordnung zu sorgen und Übeltäter zur Rechenschaft zu ziehen. Es ist eine sehr strenge Ordnung mit drakonischen Strafen, aber es ist eine Ordnung. So erwerben sie sich die Achtung und das Vertrauen der geplagten Bevölkerung. Als die pakistanische Regierung und mafios organisierte pakistanische Transportunternehmer versuchen, die lukrativen Routen durch Afghanistan nach Zentralasien wieder zu öffnen, werden sie auf die neue Gruppe aufmerksam. Der ISI versorgt die Taliban mit Waffen und Ausrüstung, vor allem den robusten Toyota-Pick-ups, und hilft bei der Rekrutierung in den von einer indischen Variante des radikalen, politischen Islam, den sogenannten Deobandi, geleiteten Religionsschulen. Im Bündnis mit dem ISI dringen die Taliban bis 1996 bis nach Kabul vor, zwei Jahre später kontrollieren sie 90 Prozent des Landes.

1996 kommt Osama bin Laden mit seiner Al-Qaida nach Afghanistan. Al-Qaida selbst ist ein Kind des Kampfes gegen den Kommunismus in Afghanistan, als in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre immer mehr islamistische Kämpfer aus aller Herren Länder nach Afghanistan strömen, um am Dschihad gegen den Kommunismus teilzunehmen. Aus diesen „arabischen Afghanen“ formiert bin Laden seine

Gruppe. Er sucht schnell die Nähe der Taliban und hat dabei einiges zu bieten. Der fromme Multimillionär aus bestem saudi-arabischem Haus bringt Geld, baut Straßen und Häuser, vermittelt Kontakte zu reichen und einflussreichen, dem Dschihadismus wohlgesonnenen Persönlichkeiten von der arabischen

Halbinsel. Außerdem bietet er eine stetig wachsende Truppe hochmotivierter Kämpfer, die an der Seite der Taliban in die Schlacht ziehen. Die rund 10.000 Al-Qaida-Militanten werden zu einem Machtfaktor in Afghanistan.

Während die meisten islamistischen Bewegungen auf einen Umsturz in ihren Heimatländern hinarbeiten, will bin Laden die Hintermänner direkt angreifen, aus seiner Sicht die USA, und veröffentlicht am 23. Februar 1998 eine Erklärung gegen „Juden und Kreuzfahrer“. Mit einem möglichst verlustreichen Anschlag sollen die USA zu einem massiven Gegenanschlag provoziert werden, um sie dann im Dschihad zu schlagen. In Afghanistan ist es den Gotteskrieger bereits einmal gelungen, eine Supermacht in die Knie zu zwingen. Ein Terroranschlag im Herzen des Feindes soll den globalen Krieg initiieren, in Afghanistan soll es beginnen.

Operation Enduring Freedom:

Mit leichtem Fußabdruck und vielen Dollars

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 ist bin Ladens Fanal. Nachdem Verhandlungen unter Vermittlung des ISI zwischen den USA und den Taliban



*Ein Terroranschlag im Herzen des Feindes soll
den globalen Krieg initiieren, in Afghanistan soll es beginnen.*



Ein F-15E-Strike Eagle der US-Luftwaffe wirft am 26. November 2009 2.000-Pfund-Munition auf eine Höhle im Osten Afghanistans.

über eine Auslieferung scheitern, beginnt mit Luftangriffen am 7. Oktober die Operation „Enduring Freedom“. Ziele sind die Ergreifung bin Ladens und anderer Al-Qaida Führer, die Zerschlagung Al-Qaidas und die Vertreibung der Taliban. Die USA wollen die Fehler der Sowjets nicht wiederholen und setzen auf eine andere Strategie: Unterstützt durch die Luftwaffe, kleine Spezialkommandos und CIA-Agenten sollen einheimische Kämpfer den Bodenkrieg führen. Der Einsatz erfordert damit keinen langen Truppenaufmarsch und schont das Leben von US-Soldaten. Die wichtigste Waffe bei dieser Taktik des „leichten Fußabdrucks“ sind die Koffer, gefüllt mit Millionen an US-Dollar, die die CIA-Agenten zur Bestechung mit sich führen. Sie sind es, die in erster Linie den schnellen Erfolg der einheimischen Gegner der Taliban ermöglichen. Am 13. November fällt Kabul, bis

Jahresende ist die Herrschaft der Taliban praktisch im ganzen Land beendet.

Der schnelle Sieg hat aber Schönheitsfehler, die sich bitter rächen werden. Auf direkten Befehl von Präsident Bush verweigern die USA aufgabewilligen Talibangruppen die Kapitulation. Gleichzeitig kann sowohl die Führung Al-Qaidas und der Taliban als auch ein Großteil ihrer Kämpfer unter tatkräftiger Mithilfe des ISI entkommen. Im eingeschlossenen Kunduz errichten die Pakistani unter Duldung der USA einen Luftkorridor, um ISI-Offiziere, Taliban und andere Kämpfer auszufliegen. In Tora Bora lassen sich afghanische Kämpfer von beiden Seiten bezahlen: von der CIA, um Al-Qaida und die Taliban gefangen zu nehmen, vom ISI, um ihnen die Flucht zu ermöglichen. Pakistan ist entgegen aller Zusagen nicht bereit, seine Schützlinge fallen zu lassen. In



*Was bisher ausnahmslos gescheitert ist, soll jetzt gelingen:
„Nation Building“ nach westlichem Vorbild*



Truppen der ISAF besteigen einen CH-53E Super Stallion-Hubschrauber des US Marine Corps in Camp Bastion in der Provinz Helmand.

den unzugänglichen Stammesgebieten im Nordwesten Pakistans sammeln sie sich wieder und beginnen unter Aufsicht des ISI mit ihrer Reorganisation.

Mit der Taktik des „leichten Fußabdrucks“ kehren auch die unbeliebten Warlords und mit ihnen Korruption und Willkür zurück. Der von den USA eingesetzte neue afghanische Präsident Hamid Karzai erweist sich schnell als schwach und hat den Warlords wenig entgegenzusetzen.

Um eine stabile Nachkriegsordnung in Afghanistan zu gewährleisten, wird 2001 von der UNO der Beschluss zur Aufstellung der International Security Assistance Force ISAF getroffen; 43 Nationen nehmen daran teil, westliche Staaten dominieren. Was bisher ausnahmslos gescheitert ist, soll jetzt gelingen: „Nation Building“ nach westlichem Vorbild, eine solide rechtsstaatliche Demokratie in Afgha-

nistan. Der deutsche Beitrag zu ISAF demonstriert anschaulich die Absurdität dieses Unternehmens: Obwohl die Aktivitäten der Taliban ab 2003 wieder zunehmen, ist das deutsche Kontingent weder für einen Kampfeinsatz ausgerüstet, noch gibt es ein entsprechendes Mandat; in Deutschland will man nicht einmal von einem Kampfeinsatz sprechen. Das führt zu völlig bizarren Situationen: keine Einsätze nach Sonnenuntergang, Begleitung jeder Patrouille durch eine Ambulanz.

Ab 2006 werden die Angriffe der Taliban immer heftiger. In von ihnen beherrschten Zonen beginnen sie wieder mit dem Aufbau von Parallelstrukturen. Mit dem Amtsantritt von US-Präsident Obama rückt Afghanistan noch einmal in den Fokus der US-Politik, nachdem sein Vorgänger sich auf den Irak konzentriert hat. Obama lässt die Truppen massiv auf-



Afghanistan war der letzte große Versuch einer westlichen Allianz, die eigene Dominanz und damit verbunden die eigene Ideologie in einer völlig fremden Region durchzusetzen.



stocken. Mit einer letzten großen Kraftanstrengung sollen die Taliban besiegt, das Regime in Kabul stabilisiert werden. Danach will die US-Administration endgültig Schluss machen mit dem immer unbeliebteren Krieg. Doch das ist genau das Zeichen,



Zu Evakuierende im August 2021 beim besteigen einer C-17

auf das die Taliban gewartet haben. Ab jetzt müssen sie nur noch abwarten und durchhalten. Kaum beginnt 2013 die Reduktion der US-Truppen, rücken die Taliban Stück für Stück vor.

2018 beginnen in Katar Friedensgespräche zwischen den USA und den Taliban, ohne die offizielle afghanische Regierung; ein vorheriges Friedensangebot des afghanischen Präsidenten haben die Taliban rundweg abgelehnt. Der vollständige Truppenabzug wird zuerst auf den 11. September 2021 festgelegt, danach aber auf August voverlegt. Rücken die Taliban zu schnell vor oder wäre das Datum doch etwas zu unpassend? Die letzten Bilder des Abzugs gleichen einer Flucht; kein Vergleich zum Sowjetgeneral, der würdevoll als letzter seiner Armee die Brücke in die Heimat überquert. Die USA und der Westen sind vom Spieltisch aufgestanden, für sie ist das „Great Game“ zu Ende. Andere Spieler haben ihren Platz eingenommen.

Verlorener Sieg oder vorhersehbare Niederlage?

Haben Sowjets oder USA jemals eine Chance gehabt, in diesem Friedhof der Imperien zu reüssieren? Der Schlüssel zur Niederlage beider Mächte

war wohl die Unterstützung Pakistans für ihre Gegner; Unterstützung, die die Sowjets nicht unterbinden konnten und die USA nicht unterbinden wollten. Abseits davon hätte keine europäisch geprägte Regierungsform, sei sie

westlich-demokratisch oder sozialistisch, eine reelle Chance in einem Land mit so völlig anderer Kultur und Geschichte. Afghanistan war der letzte große Versuch einer westlichen Allianz, die eigene Dominanz und damit verbunden die eigene Ideologie in einer völlig fremden Region durchzusetzen. Es ist damit der Endpunkt einer langen Reihe westlicher Kolonialkriege, die ausnahmslos verloren gingen. Die globale Dominanz des Westens ist Geschichte.

Das Scheitern liegt nicht nur an den vielen Fehlern der westlichen Akteure, es ist ein deutliches Zeichen einer sich schnell verändernden Welt. Sinnbildlich dafür steht die Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Pipeline, ursprünglich ein im Einvernehmen mit den Taliban vom US-Konzern UNOCAL geplantes Projekt, die jetzt nach Kriegsende von einem turkmenisch-afghanisch-pakistanisch-indischen Konsortium gebaut werden soll. Abschließend kann man nur hoffen, das Afghanistan endlich zur Ruhe kommt und seinen eigenen Weg in die Moderne findet. Die afghanische Bevölkerung hat in den Überlegungen aller Mächte kaum eine Rolle gespielt. Sie hätte den Frieden verdient.

Lukas Mitteregger

Brüder – Nachbarn – Todfeinde

Das russisch- ukrainisches Verhältnis im Laufe der Geschichte



„Die Ukraine ist ein unabhängiger Staat, der kein Nationalstaat ist. Zwischen Historikern ist umstritten, ob es überhaupt eine ukrainische Nation gibt.“ Diese Worte des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt von März 2014 fassen das Bild, das jahrzehntelang im Westen vorherrschte, eindrücklich zusammen. Dass dieser Staat überhaupt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf der Landkarte Europas erschien, konnte man sich nicht recht erklären. Vom Brudervolk war und ist auch heute noch oft die Rede – warum sich also für unabhängig erklären, wenn man doch russisch sei, „kleinrussisch“, genauer gesagt?

Diese Sichtweise geht zurück auf das 19. Jahrhundert, als Großrussen, Kleinarussen und Weißrussen zu einem „all-russischen“ Volk erklärt wurden. Gemeinsam, so die damalige Sichtweise, bildeten sie das Herz des Russländischen Imperiums. Die beiden Begriffe Großrussen und Kleinarussen hatten dabei ursprünglich eine vollkommen andere Bedeutung. Darunter verstand man anfänglich die Entfernung nach Konstantinopel, dem religiösen Bezugspunkt der Rus'. Die kleine Rus war geographisch näher, die große Rus weiter von der Stadt am Bosphorus entfernt.

Es ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen, dass Russen, Ukrainer und Weißrussen derselben ostslawischen Sprachenfamilie angehören und auf eine gemeinsame Geschichte zurückblicken. Sowohl Russland als auch die heutige Ukraine beanspruchen für sich, Erbe der mittelalterlichen Kiewer Rus' zu sein. Im nationalen Narrativ spielt dieses Erbe eine große Rolle, im heutigen Russland bezieht man sich auf eine Traditionslinie der Hauptstädte: Laut dieser Ansicht entstand der russische Staat in Kiew, bevor im 13. Jahrhundert das Zentrum der russischen Welt nach Moskau verlegt wurde. Durch Peter den Großen wurde die neue Hauptstadt des Imperiums das neuerbaute St. Petersburg, mit der Revo-

lution der Bolschewiki zuletzt wieder Moskau zur Hauptstadt. Als die Sowjetunion Ende der 1980er-Jahre in einer schweren innenpolitischen Krise versank und sich erste Auflösungserscheinungen zeigten, erklärte sich neben anderen Sowjetrepubliken auch die ukrainische SSR am 24. August 1991 für unabhängig. In der Unabhängigkeitserklärung bezog man sich auf „eine Jahrtausende alte Tradition der Staatsbildung in der Ukraine“ und ebenso wie Moskau auf das Erbe der Kiewer Rus'. So übernahm dieser junge Staat auch Staatssymboliken der Kiewer Rus' wie den Dreizack und den Namen der Währung: Hrywnja.

Die Flüsse und die Weite

Das Reich der Rus' geht auf skandinavische Waräger zurück, welche die Flüsse Dnepr und Don nutzten, um mit Konstantinopel Handelsbeziehungen zu führen, und die als Söldner im Kriegsdienst des Byzantinischen Reiches standen. Entlang der Flüsse wurden von ihnen Siedlungen gegründet und sie etablierten sich schnell als Oberschicht in der Region. Unter dieser Führungsschicht war auch ein Fürst namens Rjurik, der von slawischen und finno-ugrischen Stämmen als Herrscher über ein Gebiet um Nowgorod



*Die mongolische Invasion änderte die Orientierung
der verschiedenen Fürstentümer der Rus' grundlegend.*



eingesetzt wurde. Nachdem sich seine Herrschaft etabliert hatte, wurde unter seinen Nachfolgern dazu übergegangen, diese auf andere Gebiete auszuweiten. Einer dieser Nachfolger war Oleg der Weise, der 882 Kiew eroberte und als Begründer der Kiewer Rus' gilt.

Byzanz war zu dieser Zeit der wichtigste Orientierungspunkt, unter Wladimir I. kam es zur Christianisierung der Rus' und zur Vermählung mit



Warügerschiffe vor Nowgorod
Apollinari Michailowitsch Wasnezow, 1902

der byzantinischen Prinzessin Anna von Byzanz. Im Gegenzug sollte Wladimir den Kampf der Byzantiner gegen die Bulgaren militärisch unterstützen. Dadurch gelang der Aufstieg zu einer etablierten Herrscherdynastie in Europa, Wladimir wurde später auch zu einem Heiligen der orthodoxen Kirche erhoben. Durch Erbfolgestreitigkeiten der einzelnen Fürstentümer der Rus' kam es im Laufe des 12. Jahrhunderts zu einer Schwächung des Reiches, in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts eroberten die Mongolen weite Teile des Landes. Der Norden und Osten standen für die nächsten zwei Jahrhunderte unter ihrem direkten Einfluss, während der Südwesten im 14. Jahrhundert unter die Kontrolle des Großfürstentums Litauen und des Königreichs Polen gelangte.

Diese mongolischen Eroberungen, die in Russland auch als Tataren- oder Mongolenjoch bekannt sind, führten dazu, dass der Nordosten für die nächsten zwei Jahrhunderte von Europa isoliert wurde. Einzig die Stadtrepublik Nowgorod hielt noch Handelsbeziehungen mit der Hanse aufrecht. Die mongo-

lische Invasion änderte die Orientierung der verschiedenen Fürstentümer der Rus' grundlegend, wie am Beispiel von zwei Herrschern, die in der Geschichtsschreibung der jeweiligen Länder einen wichtigen Platz einnehmen, deutlich wird:

Fürst Danylo von Galizien-Wolhynien kam 1238 an die Macht, er stand zwar in der Tributpflicht der Mongolen, doch betrieb er in seiner Regierungszeit eine Poli-

itik der Westorientierung. Dies schlug sich nicht nur in seiner Heiratspolitik nieder, indem er einen seiner Söhne mit der letzten Babenbergerin Gertrude von Österreich verheiratete, sondern auch in seinen diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl. Durch den päpstlichen Legaten Opizio de Mezzano erhielt er eine Königskrone und den Titel *rex Russiae*. Mit seiner Siedlungspolitik sorgte er dafür, dass Kaufleute und Handwerker, unter anderem Deutsche, Juden und Armenier, sich in seinem Herrschaftsgebiet niederließen. Weiters ging er als Gründer der Stadt Lemberg in die Geschichtsbücher ein. In der heutigen ukrainischen Geschichtsschreibung wird seine Herrschaft als Vorstufe eines ukrainischen Nationalstaates angesehen und er nimmt ein wichtiges Bindeglied zwischen Kiewer Rus' und der späteren ukrainischen Geschichte ein.

Zur selben Zeit wie Fürst Danylo herrschte auch Alexander Newski (1220-1263), der in der russischen Historiographie eine bedeutende Stellung einnimmt, die durch seine Heiligsprechung noch überhöht wird. Er zeichnete sich nicht durch seine Westbindung aus,



Im 14. Jahrhundert gewannen die Moskauer Fürsten im Konkurrenzkampf immer mehr die Oberhand.



sondern als Verteidiger der russischen Erde gegen Angriffe aus dem Westen. So besiegte er 1240 und 1242 schwedische Heere und den Deutschen Orden, die beide eine Ostexpansion betrieben.

Im 14. Jahrhundert gewannen die Moskauer Fürsten im Konkurrenzkampf mit den unterschiedlichen Fürsten der Rus' immer mehr die Oberhand und schafften es schließlich, den Großfürstentitel ganz für sich zu reklamieren. Wichtige Unterstützung in ihrer Machtausweitung wurde ihnen dabei durch die Orthodoxe Kirche zuteil. Der Metropolit von Kiew und der ganzen Rus' verließ 1299 seinen Sitz in Kiew, um in Vladimir zu residieren, bevor er 1325 seine Residenz endgültig nach Moskau verlegte. Gleichwohl wurde vom Metropoliten weiterhin der Titel „von Kiew und der ganzen Rus'“ geführt, als Anspruch auf die spirituelle Vertretung aller Orthodoxen der Rus'.

Der Machtaufbau der Moskauer Großfürsten erfolgte aber nicht nur mittels Gebiets Eroberungen, sondern auch im Inneren durch eine immer stärker werdende Zentralisierung des Staates und eine Schwächung des Adels. Legitimiert wurden diese Schritte durch die Orthodoxe Kirche, dies sollte sich bis zum Untergang des Zarenreiches auch nicht sonderlich ändern. Unter der Herrschaft von Iwan IV., mit dem Beinamen „der Schreckliche“, als erster aus dem Haus der Rurikiden 1547 zum Zaren gekrönt, wurden die Khanate Kazan und Astrachan erobert und die Eroberung Sibiriens begann. Da-



Wladimir I. Swjatoslawitsch wählt zwischen den Religionen die beste aus, Johann Lebercht Eggink, 1850

durch gelangten erstmals auch Muslime unter die Herrschaft Moskaus und es wurde der Grundstein eines multi-ethnischen Imperiums gelegt. Iwan hinterließ dem Reich nicht nur hinzugewonnene Gebiete, sondern auch eine Wirtschaftskrise, die zu einer innerlichen Schwächung führte und Moskaus Hauptgegner Polen-Litauen neuen Aufwind gab. Moskau wurde von polnischen Truppen eingenommen

und der polnische König strebte die Zarenkrone an. Da die Polen aber über keinen Rückhalt in der Bevölkerung verfügten, misslang dieses Anliegen. 1613 kamen die Romanovs an die Macht, die sie bis 1917 innehaben sollten.

Hier Europa, dort schon Asien

Der westliche Teil der Rus' war im 14. Jahrhundert unter die Kontrolle von Litauen und Polen gekommen, bis auf einen kleinen Teil, Transkarpatien, der bis 1918 zu Ungarn gehörte. Unter litauischer Herrschaft genossen diese Gebiete eine relativ große Autonomie, dies sollte sich erst ändern, als die heidnische litauische Führungsschicht den katholischen Glauben annahm und sich das Großfürstentum Litauen mit dem Königreich Polen zu einer Personalunion zusammenschloss. Die dadurch aufgetretene konfessionelle Schranke führte im Laufe der Zeit dazu, dass sich die orthodoxe Bevölkerung immer mehr Richtung Moskau orientierte. Größere Städte wie Lemberg und Kiew profitierten zwar rechtlich



Stepan Rasin, Führer des Kosaken- und Bauernaufstandes 1670-1671. Wassili Iwanowitsch Surikow, 1906

von der polnisch-litauischen Herrschaft, da ihnen das Magdeburger Stadtrecht verliehen wurde, und auch in bildungspolitischer Hinsicht erlebte die Region eine Blüte, denn unter dem Metropoliten Petro Mohyla kam es in Kiew zur Gründung eines Collegiums nach westlichem Vorbild. Unter dem Einfluss der Gegenreformation kam die orthodoxe Bevölkerung unter den Druck der Jesuiten, 1596 wurde aus diesem Grund auch die Union von Brest vollzogen, welche die orthodoxe Kirche Polen-Litauens unter die Kontrolle des Papstes stellte. Dies führte allerdings zu einer Spaltung innerhalb der orthodoxen Glaubensgemeinschaft.

Im Grenzland wiederum, d.h. in der Steppe, hatten sich seit dem 16. Jahrhundert aus entlaufenden Bauern eine Gemeinschaft organisiert, die unter dem Namen „Kosaken“ einen wichtigen Teil im kulturellen Gedächtnis der heutigen Ukraine einnimmt. Die

Kosaken befanden sich im andauernden Kampf mit den Tataren, die auf der Suche nach Beute für die Sklavenmärkte des Osmanischen Reiches waren. Nebenbei machten sie das Schwarze Meer als Piraten unsicher oder verdingten sich in Militärformationen. Da sie sich als Bewahrer des orthodoxen Glaubens ansahen, bezogen sie deutlich Stellung gegen die Kirchenunion, und als Polen den Druck auf die Kosaken erhöhte, entlud sich dieser Unmut schlussendlich im Chmelnyzkyi-Aufstand von 1648. Der unter Hetman Bogdan Chmelnyzkyi geführte Aufstand führte dazu, dass der größte Teil der Ukraine von der polnischen Herrschaft befreit wurde. Es entstand eine Eigenstaatlichkeit unter dem egalitären Denkmuster der Kosakenheere. Im Zuge des Aufstandes kam es zu umfangreichen Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung, denen rund 20.000 Menschen zum Opfer fielen.



Peter I., Walentin Alexandrowitsch Serow, 1907

Da Polen-Litauen den Verlust der Ukraine nicht hinnahm und das junge Hetmanat einer ständigen Bedrohung ausgesetzt war, bat man den Zaren um Unterstützung. Anfänglich reagierte dieser ausweichend, doch 1654 kam es zum Vertrag von Perejaslaw. Der Vertrag besagte, dass sich das Hetmanat dem Zaren unterstellte, wobei die Rechte der Kosaken gewahrt bleiben würden. So durften sie weiter einen Hetman wählen und eine selbstständige Außenpolitik betreiben. Im Gegenzug sollten sie für den Zaren Kriegsdienst leisten. Die Kosaken selbst betrachteten den Vertrag als ein zwischen zwei Parteien auf Augenhöhe ausgehandeltes Bündnis, während der Zar es als eine Unterstellung von Vasallen betrachtete. Diese unterschiedlichen Sichtweisen werden in den beiden Ländern auch heute noch vertreten. Der Vertrag von Perejaslaw blieb ein kurzes Intermezzo, jedoch mit Auswirkungen in die heutige

Zeit. Zur 300-Jahr-Feier des Vertrages 1954, die als Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland zelebriert wurde, übertrug man die Halbinsel Krim der Ukrainischen Sowjetrepublik verwaltungstechnisch.

1689 kam Peter I. an die Macht, der Russland grundlegend ändern sollte. Unter ihm öffnete sich das Reich in Richtung Westen und es setzte eine Modernisierungswelle ein. Als Hauptmotor dieser Erneuerung diente Peter dem Großen, in seinem Bestreben Russland als eine Großmacht zu etablieren, der Krieg. Diesem Unterfangen hatten sich die Menschen bedingungslos unterzuordnen. Auch die Privilegien der Kosaken wurden entzogen, diese mussten Arbeitsdienste beim Bau von St. Petersburg verrichten. Es formierte sich bald Widerstand, der von Hetman Ivan Mazepa angeführt wurde. Im Großen Nordischen Krieg diente er zuerst unter dem Zaren. Da er die Unabhängigkeit des Hetmanats anstrebte, lief



Karl XII. und Iwan Mazepa nach der Schlacht von Poltawa 1709, Gustaf Cederström, circa 1880

er zur schwedischen Seite über, das Kriegsglück lag allerdings nicht auf seiner Seite, denn das schwedisch-kosakische Heer wurde 1709 in der Schlacht bei Poltava vernichtend geschlagen. Mazepa gilt auch heute noch in Russland als Verräter und das Wort „Mazepisten“ beschreibt aus russischer Sicht den Prototyp eines verräterischen Ukrainers. Die Modernisierungsvorhaben von Peter dem Großen stützten sich aber nicht nur auf westliche Spezialisten, sondern auch auf orthodoxe Ukrainer, die ihre Bildung am Collegium in Kiew erhalten hatten. Die Ukrainer stellten eine wichtige Stütze des Staates dar, die in der Verwaltung, im Militär und in der Kirche wichtige Funktionen einnahmen. Dadurch kam es auch zu einer Ukrainisierung der russischen Kultur.

Durch die polnische Teilung 1793 bekam Russland die rechtsufrige Ukraine zugesprochen, nachdem es im Türkischen Krieg von 1768-1774 schon die nördlichen Gebiete des Schwarzen Meeres und 1783 die Krim in Besitz genommen hatte. War das Gebiet der Ukraine unter Peter dem Großen für den

intellektuellen Fortschritt noch von Bedeutung, hatte sich dies mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts grundlegend gewandelt. Die Ukrainer wurden als einfaches Volk beschrieben, das nicht den Lastern der modernen Zivilisation erlegen sei. In Beschreibungen aus dieser Zeit werden sie als aufrichtig und reinen Herzens, aber auch kindlich naiv und unterwürfig charakterisiert. Das Land und seine Bewohner wurden im Allgemeinen als pittoreske Verkörperung der russischen Kultur dargestellt.

Der Nationalismus betritt die Bühne

Im 19. Jahrhundert kam es zur intensiven Bildung nationaler Ideen im politischen Denken Europas. Auch in Russland und der Ukraine fanden diese Ideen ihre Anhängerschaft. Sowohl die russische als auch die ukrainische Sprache wurde einer Standardisierung unterworfen, mit dem Unterschied, dass die russische Sprache zu einer Hochsprache erklärt wurde, das Ukrainische im Gegensatz als lokaler, bäuerli-



Schlacht am Sywasch 1920, Durchbruch der Roten Armee an der Landenge von Perekop auf die Krim. Nikolaj Semjoniwitsch Samokisch, undatiert

cher Dialekt abgestempelt wurde. Mit der Verhärtung der Fronten in diesem Sprachenkonflikt gingen die zaristischen Behörden schlussendlich sogar so weit, Publikationen auf Ukrainisch zu verbieten. Solchen Schriftstücken und seinen Autoren wurden seitens der Behörden „mazepistische“ Tendenzen vorgeworfen. Während im zaristischen Teil der Ukraine national-ukrainische Agitation oft zu Gefängnisstrafen und Verbannung führte, konnte sich die Idee eines ukrainischen Nationalstaates in Galizien, das sich unter der Herrschaft der Habsburgischen Monarchie befand, relativ frei entfalten.

Als es im Zuge des 1. Weltkrieges zum Sturz des Zaren kam, erklärten sich mehrere Staaten für unabhängig, unter anderem auch die Ukraine. Im aufkommenden russischen Bürgerkrieg besetzten Truppen der Roten Armee am 8. Februar 1918 Kiew, wurden allerdings kurze Zeit später von den Mittelmächten wieder zurückgedrängt. Deutschland und Österreich-Ungarn erkannten die ukrainische Unabhängigkeit als erste an. Das Hauptinteresse hinter

diesem diplomatischen Zug lag darin, die eigene Versorgung mit Lebensmitteln und Getreide sicherzustellen. Diese Episode des Krieges ging unter dem Namen „Brotfrieden“ in die Geschichte ein. Nach dem Abzug der Mittelmächte wurde der junge Staat vollkommen in die Wirren des Bürgerkrieges hineingezogen. 1921 besiegelte sich das Scheitern einer unabhängigen Ukraine, da weite Teile des Landes durch sowjetische Truppen und der westliche Teil des Landes durch Polen besetzt war.

In den Anfangsjahren der Sowjetunion wurde von Moskau die Politik der „Korenizacija“, d.h. der Einwurzelung, als Direktive ausgegeben. Dadurch sollte die lokale Bevölkerung für die kommunistische Partei gewonnen und die regionale Sprache gefördert werden. Dies führte zu einer Ukrainisierung der kulturellen und politischen Landschaft der ukrainischen SSR. Erst unter Stalin wurde diese Politik in den beginnenden 1930er-Jahren rückgängig gemacht und für nationalistisch erklärt. Die unter allen Mitteln vorangetriebene Industrialisierung, verbunden



*In den Nachkriegsjahren stieg die Zahl der Ukrainer
in den sowjetischen Führungsgremien.*



mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, führte zu einer Hungerkatastrophe, die als Holodomor ihren unrühmlichen Platz in der Geschichte einnimmt. Im vom Polen besetzten Galizien sahen sich die dort lebenden Ukrainer einer Polonisierung ausgesetzt. Militante Nationalisten reagierten darauf mit terroristischen Angriffen.

Im 2. Weltkrieg wurde von der sowjetischen Propaganda zur Mobilisierung der Bevölkerung auf historische Persönlichkeiten zurückgegriffen. Der von Sergei Eisenstein produzierte Film „Alexander Newski“ ist hier als Beispiel zu nennen. Aber auch über den Kosakenhetman Chmelnyzkyi produzierte man 1941 einen Film und stiftete 1943 einen Orden, der seinen Namen trug. In der ebenfalls 1943 eingeführten Nationalhymne, welche die Internationale ersetzte, bezog man sich neben Stalin auch auf die Kiewer Rus'. Die verschiedenen Völker der Sowjetunion selbst traten allerdings in den Hintergrund, der Abwehrkampf wurde als Kampf des russischen Volkes angesehen. Mit dem Ende des 2. Weltkrieges kam es zu einer neuen Grenzziehung in Europa. Davon profitierte unter anderem die ukrainische SSR, dessen Westgrenze zu Lasten von Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn vorgeschoben wurde. In den Nachkriegsjahren stieg die Zahl der Ukrainer in den sowjetischen Führungsgremien und die ukrainische Sowjetrepublik avancierte nach der russischen Sowjetrepublik zum wichtigsten Personalpool der UdSSR. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf Nikita Chruschtschow,



Sergei Eisenstein bei der Einstellung einer Aufnahme während der Dreharbeiten zu „Alexander Newski“.

der vor dem Krieg in der Ukraine als Funktionär tätig war und nach seiner Berufung an die Spitze des Staates ukrainische Vertraute in Machtpositionen beförderte. Unter seinen Nachfolgern sank diese Zahl zwar, nichtsdestotrotz stellten die Ukrainer weiterhin eine wichtige Stütze des Staates dar.

Das Ende der Sowjetunion läuteten anfangs die baltischen und die georgische Sowjetrepublik

ein, die in den Jahren 1988 bis 1990 ihre Souveränität erklärten. Diese anfänglichen Autonomiebestrebungen mündeten allerdings 1990 und 1991 in der Unabhängigkeitserklärung von Litauen und Georgien. Auch in der russischen Sowjetrepublik kam es im Juni 1990 zu einer Souveränitätserklärung, die ihren Hintergrund im Machtkampf zwischen Gorbatschow und Jelzin hatte. Dieser Schritt ist umso bemerkenswerter, als sich Russland das erste Mal vom eigenen Imperium lossagte. Reaktionäre Kräfte innerhalb der Kommunistischen Partei versuchten das Rad der Geschichte durch einen Putsch rückgängig zu machen, scheiterten allerdings damit. Im Gegenteil löste dieser Putsch noch weitere Unabhängigkeitserklärungen der einzelnen Sowjetrepubliken aus. In der Ukraine, die Jahre zuvor durch die Kernkraftwerkskatastrophe von Tschernobyl erschüttert worden war, hatten sich verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen gebildet, die ihren Unmut über das politische System kundtaten. Am 1. Dezember 1991 kam es zu einem Referendum über die Unabhängigkeit. Bei einer Wahlbeteiligung von 84% sprachen sich hier-



*Die Abspaltung der Ukraine
nahm man in Russland als Schock wahr.*



bei 90% der Bevölkerung für die Unabhängigkeit aus. Das Ergebnis wurde in Russland am nächsten Tag anerkannt.

Am 7. Dezember 1991 trafen sich die Präsidenten von Russland, Weißrussland und der Ukraine zu einem Treffen über den Fortbestand der Sowjetunion. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurde am nächsten Tag die Auflösung der UdSSR beschlossen. Die treibende Kraft hierbei ging von der Ukraine aus, die auf ihre Unabhängigkeit pochte und hierbei zu keinen Kompromissen bereit war. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der Ukraine kam auch für westliche Beobachter überraschend. Zum Ende des Kalten Krieges hin versuchten westliche Politiker die Sowjetunion zu erhalten, um die Stabilität in Osteuropa nicht zu gefährden. An ihre Stelle trat die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), in der Russland weiterhin seinen Führungsanspruch durchzusetzen versuchte. Das Gebiet der ehemaligen UdSSR wurde als Sphäre von privilegiertem Interesse klassifiziert. Die Abspaltung der Ukraine nahm man in Russland als Schock wahr, russisch-ukrainische Grenzkonflikte wurden von russischen Politikern als mögliche Szenarien der Zukunft in den Raum gestellt.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen dieser Zeit führten zu einem massiven Wirtschaftseinbruch in beiden Ländern. In Russland und der Ukraine lag die Wirtschaftsleistung Anfang des neuen Jahrtausends ungefähr bei der Hälfte des Jahres 1989. Schon früh kristallisierte sich die Krim als Streitpunkt in den Be-



Nikita Chruschtschow auf Staatsbesuch in Wien, im Vordergrund das Gastgeschenk, ein Lipizzaner aus Augarten-Porzellan, 1960

ziehungen der beiden Länder heraus. Die Halbinsel war Stationierungsort der Schwarzmeerflotte, über deren Aufteilung zähe Verhandlungen geführt wurden. Letztendlich wurden der Ukraine 18% der Marine zugesprochen, der militärische Hafen von Sewastopol wurde von Russland gepachtet. Auch über den Verbleib der Kernwaffen auf ukrainischem Staatsgebiet wurden intensive Verhandlungen geführt, die mit dem

Verzicht des Landes auf solche Waffen endeten. Als Gegenleistung sollten die Unabhängigkeit und die bestehenden Grenzen der Ukraine gewahrt bleiben.

Der Iwan kehrt zurück

Das Jahr 2004 war für die ganze Region von richtungsweisenden Ereignissen geprägt. Im März wurde Wladimir Putin wiedergewählt. Weiters erfolgte bis Mai auch die Osterweiterung der NATO, die drei baltischen Staaten und Polen wurden zudem in die EU aufgenommen. Auch in der Ukraine sollten in diesem Jahr Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Die zwei aussichtsreichsten Kandidaten auf das Amt waren Viktor Janukowytsch mit einem pro-russischem Kurs und Viktor Juschtschenko mit einem pro-westlichen Kurs. Der Wahlkampf selbst wurde von einem Giftanschlag auf Juschtschenko überschattet, der diesen schwer verletzt überlebte. Nachdem im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die nötige Mehrheit erreichen konnte, schaffte es Janukowytsch als Sieger aus der Stichwahl zu kommen.



*Schon früh kristallisierte sich die Krim als Streitpunkt
in den Beziehungen der beiden Länder heraus.*



Kurz nach der Wahl traten Unregelmäßigkeiten bei den Wahlergebnissen zutage, es wurde ein Wahlbetrug zu Gunsten Janukowytsch aufgedeckt. Es kam zu größeren Demonstrationen, die eine Wahlwiederholung forderten, die am 26. Dezember Viktor Juschtschenko für sich entscheiden konnte. Ein NATO-Beitritt wurde 2008 seitens der NATO abgelehnt, schon zuvor wurde 2005 ein bilateralen Aktionsplan mit der EU unterzeichnet, der allerdings keine Beitrittsperspektive für die Ukraine beinhaltete. 2010 wurde Janukowytsch zum Präsidenten gewählt, nachdem das Regierungslager aufgrund interner Machtkämpfe bei der Bevölkerung an Beliebtheit eingebüßt hatte. Das Verhältnis zu Russland besserte sich daraufhin. Von russischer Seite aus wurden Pläne verfolgt, zusammen mit der Ukraine und anderen postsowjetischen Ländern eine gemeinsame Zollunion zu gründen. In einem Zickzack-Kurs zwischen dem Westen und dem Osten trat die Ukraine der Zollunion nicht bei, sondern führte mit der EU die Verhandlungen über ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen weiter fort. Die Verhandlungen darüber waren Ende 2011 abgeschlossen und sollten im Frühjahr 2013 zu einem Vertragsabschluss führen.

Von Seiten Russlands wurde daraufhin mit wirtschaftlichem Druck auf seinen westlichen Nachbarn reagiert. Produkte aus der Ukraine unterlagen Importbeschränkungen, auch eine Visumpflicht für Ukrainer wurde in den Raum gestellt. Im November 2013 wurde die Unterzeichnung für das Assoziierungsabkommen seitens der Ukraine ausgesetzt. Als Grund wurde der Rückgang der Wirtschaftsleistung und der Einbruch der Handelsbeziehungen mit

Russland angegeben. Die darauffolgenden Proteste weiteten sich immer mehr aus und im Februar 2014 eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer auf Demonstranten. Aufgrund dieser Ereignisse solidarisierten sich einzelne Abgeordnete der Regierungspartei, Einheiten von Armee und Polizei sowie einige Oligarchen mit den Maidan-Demonstrationen, die in der Flucht von Präsident Janukowytsch nach Russland mündete. Am 26. Februar wurde eine Übergangsregierung gebildet, die für den 25. Mai eine Präsidentschaftswahl anberaumte. Zum selben Zeitpunkt kam es zu ersten Zusammenstößen zwischen pro-ukrainischen und pro-russischen Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude der Krim. Am nächsten Tag wurde dieses von Bewaffneten besetzt, während gleichzeitig russische Verbände auf die Halbinsel eingeflogen wurden. Am 16. März 2014 wurde ein Referendum über die Unabhängigkeit der nunmehr russisch besetzten Krim abgehalten. Darin sprachen sich ein Großteil der Wähler für eine Eingliederung in die Russische Föderation aus.

Vonseiten der Ukraine wurde dieses Referendum als ungültig angesehen, dieser Einschätzung folgten auch die westlichen Staaten. Im Laufe des Monats Aprils spitzte sich die Lage im Ostteil des Landes, dem Donbas, immer weiter zu, da auch dort pro-russische Akteure auftraten. Es kam zur Ausrufung der Volksrepubliken Donezk und Luhansk und zu Kampfhandlungen mit der ukrainischen Armee. Durch das Abkommen von Minsk konnten die Kampfhandlungen zwischen den Separatisten und ukrainischen Armee zwar eingegrenzt werden, allerdings kam es im Laufe der Jahre immer wieder zu einem Auflodern der Kämpfe. Der Rest ist Gegenwart.

Österreich bleib frei!

Von Heimo Lepuschitz



„**Z**um Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität“. So lautet Artikel I des österreichischen Neutralitätsgesetzes.

„Wir werden Russland nicht davonkommen lassen“, „Regierung für internationalen Haftbefehl gegen Putin“, „[...] für Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine“, so lautet die Position österreichischer Regierungspolitiker von Außenminister Schallenberg bis Kanzler Nehammer.

Der Konflikt Russland-Ukraine zeigt, an welchem Wegpunkt sich die neutrale Republik Österreich befindet. Österreich, ein Land, in dem Waffenlieferungen in kriegsführende Staaten gesetzlich verboten sind, finanziert mit hunderten Millionen über die absurderweise „Friedensfazilität“ genannte Hintertür der EU zurzeit Waffenlieferungen an die Ukraine.

Verstehen sie den Autor nicht falsch: Der Einmarsch Russlands in die Ukraine war, bei aller Vorgeschichte, ein völkerrechtswidriger Akt. Man kann und soll Völkerrechtsbruch verurteilen, man kann und soll den ukrainischen Opfern humanitär beistehen. All das hat Österreich getan. Aber wir sind keine Kriegspartei. Wir sind kein NATO-Mitglied. Und das soll, geht es nach dem Wunsch der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch so bleiben.

Wir dürfen nicht vergessen, auf welch wackeligen Beinen die rot-weiß-rote Neutralität steht. Eine simple Zweidrittelmehrheit im Nationalrat kann unsere Unabhängigkeit nach Ansicht von ÖVP, SPÖ, Grünen und NEOS sofort abschaffen. Eine Volksabstimmung sei nicht nötig. Das Moskauer Memorandum

gelte nicht mehr. Hier ist die Frage zu stellen, warum Einheitsparteien und Eliten so offensiv auf das Ende der Neutralität hinarbeiten? Wem nützt ein Ende der Neutralität? Österreichs Sicherheit mit Garantie nicht. Österreich ist von NATO- und EU-Staaten umgeben. Warum sollte man sich also unter fremdes Kommando stellen und der Gefahr aussetzen, in Kriegseinsätze hineingezogen zu werden?

Es geht offenbar darum, die Abschaffung der souveränen Nationalstaaten an sich voranzutreiben und internationale Gebilde der demokratischen Kontrolle der Völker möglichst zu entziehen. Die EU-Kommissare sind ein gutes Beispiel dafür, wie nicht gewählte Elitenvertreter immer mehr Macht erlangen. Deshalb sollte Österreich eine Renaissance der Neutralität ihrem schleichenden Ende entgegensetzen und sie mittels Volksabstimmung absichern. Das Volk ist der Souverän. Nichts fürchten Eliten und System mehr als direkte Demokratie.

Dies sollten also die Ziele einer starken, aktiven Neutralität sein: „die Wiederherstellung einer dem Neutralitätsgebot entsprechenden Außenpolitik, ein aktiver Einsatz Österreichs für Friedensverhandlungen, ein Angebot Wiens als Verhandlungsort, Stopp der Einzahlungen an die Europäische Friedensfazilität, kein Beitritt Österreichs zu einem Militärbündnis, Ausstieg Österreichs aus EU-Militärformationen, Stopp von Militärtransporten durch Österreich.“

Ein auch militärisch starkes, neutrales Österreich hat der europäischen Friedensstabilität mehr zu bieten als ein weiterer NATO-Vasall. Deshalb Volksabstimmung und eine direktdemokratische Bestätigung des (hoffentlich!) immerwährendes Satzes: „Österreich ist frei!“



Feuilleton

*Einzug der französischen Armee in Mainz, Kapitulation von Mainz gegenüber General Custine, 21. Oktober 1792.
Kolorierte Lithographie (circa 1900) nach einem Gemälde von Victor Adam (1836/38)*

Norbert Nemeth

Die Mainzer Republik

Historisches Beispiel linker Despotie



„Nicht einfach feindliche Soldaten waren auf teutschen Grund und Boden einmarschiert, sondern fünfzig oder sechzig Tausend bewaffnete Freyheits- und Gleichheits-Prediger. Mich däucht, es könne nichts auffallender sein, als dass es eine Art von neuer politischer Religion ist. Wer nicht mit ihnen ist, ist wider sie.“ (Christoph Martin Wieland in „Betrachtungen über die gegenwärtige Lage des Vaterlandes“, im „Neuen Teutschen Merkur“, Jänner 1793)

Von manchen wird die Mainzer Republik als das „erste bürgerlich-demokratische Staatswesen auf deutschem Gebiet“ bezeichnet. Sieht man jedoch genauer hin, wird deutlich, dass die „Jakobiner-Republik“, die von März bis Juli 1793 auf dem linksrheinischen Gebiet von Kurmainz existiert hatte, weder demokratisch noch bürgerlich gewesen war.

Die Geschichte nimmt ihren Anfang mit der für die deutschen Fürsten gescheiterten „Kanonade von Valmy“. Die deutschen Fürsten lagen mit dem von der Französischen Revolution durchbeutelten Frankreich im Krieg. In dessen Verlauf kapitulierte Mainz im Oktober 1792 vor den Französischen Truppen unter General Custine. Mit dem militärischen Erfolg war es aber nicht geschehen, zumal das revolutionäre Frankreich, das Ludwig den XVI. im Jänner 1793 hinrichtete, sich nicht mit der Eroberung einer der symbolträchtigsten deutschen Städte begnügte, sondern seine revolutionäre Ideologie nach Deutschland exportieren wollte.



*Die Franzosen wähten sich nicht als Besatzer,
sondern als Befreier.*



Ihr Ende fand die Mainzer Republik, die nie Völkerrechtssubjektivität genoss, mit der Rückeroberung der linksrheinischen Gebiete durch preußische Truppen. Am 14. April 1793 war der Belagerungsring rund um Mainz geschlossen, am 23. Juli kapitulierten die französischen Besatzer. Hernach erging es den sogenannten Clubbisten, das waren die deutschen Anhänger der jakobinischen Vereinigungen, die mit den Franzosen gemeinsame Sache gemacht hatten, schlecht. Nicht nur die offenkundige Kollaboration, sondern vor allem die jakobinische Gesinnung ließ die Volkswut hochkochen und den Ruf nach Rache laut werden. Der Hass einer bodenständigen Mehrheit gegen eine kleine Elite nahm seinen Lauf.

Der Rachedurst kam freilich nicht von irgendwo. Noch im November 1792 hatte der Konvent in Paris erklärt, „*allen Völkern, die ihre Freiheit wiedererlangen wollen, Brüderlichkeit und Hilfe*“ zu gewähren, um „*die Freiheit und Glückseligkeit, deren wir uns erfreuen, auch anderen Völkern*“ zu bringen. Mit anderen Worten: Auf die Eroberung sollte ein Austausch der Verfassungsprinzipien folgen und eine neue Herrschaft auf einer völlig neuen Legitimität errichtet werden. Die Franzosen wähten sich nicht als Besatzer, sondern als Befreier. Es ging nicht nur um Land, sondern vor allem um Bewusstsein. Mit ihnen war der Mainzer Jakobinerklub „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und der Gleichheit“ unter Georg Forster. Deren Aufgabe war es, die eigene Bevölkerung auf die neue Verfassung einzuschwören.



Die Franzosen in Mainz, General Adam Custine zieht in Mainz ein.
Holzstich nach Zeichnung von August Beck, 1862

Der Klub zählte lediglich 500 Mitglieder bei einer Einwohnerzahl von 20.000. Die französische Besatzungsmacht betrug 18.000 Soldaten. Ungeachtet dessen zeichnete sich rasch ab, dass die Mainzer von den jakobinischen Ideen nichts wissen wollten. Aus diesem Grunde begann man ein System des Gesinnungsterrors aufzuziehen:

Zunächst wurden auf Initiative des Jakobinerklubs am 8. November 1792 ein rotes und ein schwarzes Buch zur öffentlichen Eintragung aufgelegt. Das rote hieß „Buch des Lebens“, das schwarze „Buch der Sklaverey“. Jeder Mainzer Bürger hatte sich in eines der Bücher einzutragen. Mit seiner Unterschrift im roten Buch erklärte man, „die vorbildliche französische Verfassung“ übernehmen zu wollen. Wer dort nicht unterschrieb, wurde automatisch dem schwarzen Buch zugeordnet. Dazu muss man wissen, dass der Brauch des schwarzen Büchens aus den Logen der Illuminaten stammte und die Ausgeschlossenen, die sich nicht an das maurensische Gesetz hielten, verzeichnete. Doch ging der „Loyalitätsbeweis“ für die Jakobiner nach hinten los. Nur 1.500 Unterschriften fanden sich im roten Buch – woraufhin die Gangart nochmals verschärft wurde. Im Dezember 1792 erließ der Pariser Konvent ein Dekret, in dem mit der Illusion von Wahlfreiheit und Befreiung glasklar aufgeräumt wurde: „*Die fränkische Nation erklärt, dass sie dasjenige Volk als ihren Feind behandeln wird, welches die ihm angebotene Freiheit und Gleichheit nicht annimmt oder beiden entsagt.*“



*Zu den Freiheitsbäumen
gesellten sich die Totenbäume.*



Um den Umbau der Gesellschaft in diesem totalitären Sinne umzusetzen, wurde die Teilnahme an den Wahlen sowie die Ausübung öffentlicher Ämter von einem Eid auf die Prinzipien der Revolution abhängig gemacht. Weil der Austausch der alten Kader rein quantitativ nicht zu bewältigen war, setzten die Jakobiner auf die



Tanz um den Freiheitsbaum, Französische Republikaner am linken Rheinufer. Friedrich Hottenroth, Holzstich, 1877

Karte des Gewissenszwangs. Durch eine solcherart durchgeführte Volkswahl sollte die neue Legitimität endgültig abgesegnet werden. Die Wahlen wurden im Februar 1793 durchgeführt und waren eine Pleite für den Mainzer Jakobinerklub. Nur 372 Mainzer (von 4642 Wahlberechtigten) beteiligten sich an ihr, was einer massenhaften Verweigerung des Loyalitätseides gleichkam. Despotisch ließen die Jakobiner nun Galgen auf den vier großen Plätzen der Stadt errichten. Zu den Freiheitsbäumen gesellten sich die Totenbäume. Kein anderes Bild könnte die „Despotie der Freiheit“ besser veranschaulichen.

Den Mainzern wurde eine Nachfrist von 5 Tagen gesetzt, um den Eid nachzuholen. Viele Eidverweigerer wurden enteignet und deportiert, den Ehefrauen dieser Ungeschworenen wurde die Scheidung ermöglicht. Andere wurden zu Zwangsarbeit vergattert. Georg Forster versuchte die vom sogenannten „Wachsamkeitsausschuss“ angeordneten Repressalien zu rechtfertigen, indem er politische Feinde zu „Krankheitsträgern, die einer Kur bedürfen“ erklärte, um sie „unbarmherzig auszumerzen“. Der politische Gegner als innerer Feind zog in den politischen Sprachgebrauch ein. Betroffen war auch

die Mehrzahl der Mainzer Juden, die den Eid verweigerte – eine Haltung, die die erste nicht religiös motivierte Judenvertreibung auf deutschem Boden nach sich zog.

Vor diesem Hintergrund trat am 17. März 1793 der „Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent“ zusammen, wobei von einem frei gewählten Parlament keine Rede

sein konnte. Er räumte mit den alten Herrschaftsrechten auf und bedrohte alle, die daran festhalten wollten, mit der Todesstrafe. Des Weiteren wurde per Akklamation die Bitte auf „Réunion des freien Teutschland mit der Frankenrepublik“ beschlossen. Eine Bitte, der zwei Wochen später in Paris – ebenfalls per Akklamation – entsprochen wurde. Jedoch konnte dieser Anschluss nicht mehr exekutiert werden, zumal die Preußen den Belagerungsring um Mainz bereits am 14. April 1793 geschlossen hatten. Damit endete die Unterjochung der Mainzer durch eine selbsternannte Elite mit fremdländischer Rückendeckung – und somit ein einprägsames Beispiel linker Intoleranz, welche die Werte von Freiheit und Demokratie nur als Vehikel vor sich herträgt, in Wahrheit aber keinen anderen Plan verfolgt als die despotische Realisierung ihrer atheistischen, familien- und eigentumsfeindlichen Ideologie.

Gehorsam, doch wem?

Die Geschichte der Mainzer Republik warf eine weitere brisante Frage auf, nämlich: wie man mit jenen Bürgern, die vor oder während der Besetzung



*Wem schuldet der Bürger Gehorsam?
Dem alten oder dem neuen Herrscher?*



die Franzosen unterstützt hatten, verfahren sollte. Die Frage der politischen Kollaboration betritt erstmals die Bühne der deutschen Geschichte. Diese stellte sich besonders deutlich im Spannungsfeld zweier einander ausschließender Legitimitäten, wie sie das Krönungsdatum von Franz II., das war der 14. Juli (!) 1792, nicht besser zum Ausdruck bringen konnte. Wem schuldet der Bürger Gehorsam? Dem alten oder dem neuen Herrscher? Der bestehenden christlichen Ordnung oder der revolutionär-atheistischen? Bereits am 19. Dezember 1792 beantwortete Franz II. diese Frage in einer feierlichen

Reichsachterklärung, die für seine Amtsträger galt, dahingehend, dass mit Oberacht belegt wurde, wer sich „wider uns und das Reich in des Feindes Dienst gebrauchen“ ließ. Tatbestandsmäßig waren „die Verfassung umkehrende Dinge“ wie die Verbrüderung mit der Französischen Nation, Clubbismus, Freiheitspredigten und Freiheitsbäume usw. Mit anderen Worten: das Mandatum Avocatorium Franz'II. normierte einen Straftatbestand, den man heute als Verfassungsfeindlichkeit bezeichnen würde.

Dieser Tatbestand griff zurecht für jene, die schon vor der Eroberung von Mainz durch die Franzosen auf der falschen Seite gestanden waren, um die bestehende Ordnung zu destabilisieren. Aber was war mit jenen, die sich erst nach der Eroberung mit den neuen Herren arrangierten? Welches Verhalten konnte man von ihnen in diesem historisch bislang einmaligen Ausnahmezustand einfordern? War derjenige, der, um Chaos zu verhindern, sein Amt



Versammlung des Mainzer Jakobinerklubs, 1792.
Kupferstich, 1796

im Sinne der Franzosen weiterführte, wirklich ein Hochverräter? Oder sollte diesen Personen das Recht des Stärkeren zu Gute kommen, wonach das kaiserliche Avocatorium durch die französische Eroberung von Mainz seinen räumlichen Anwendungsbereich verloren habe und ein Fürst, der seine Untertanen vor fremder Eroberung nicht schützen konnte, kein Recht mehr habe, weiterhin Loyalität einzufordern. Nach dieser pragmatischen Rechtsansicht wird die Frage des Verrates zu einer Frage des Zeitpunktes.

Goethe war Zeitzeuge der Ereignisse der Mainzer Republik und ein Anhänger dieser prag-

matischen Linie (im Gegensatz zu Schiller, für den Fremdbestimmung und Fremdherrschaft stets inakzeptable Gräuel gewesen waren). Jahre später war Goethe als Politiker in Weimar selbst vor die Entscheidung zwischen Zusammenarbeit oder Widerstand gestellt. Der Illuminat, Kosmopolit und Napoleon-Verehrer entschied sich für die Zusammenarbeit mit den Franzosen, wofür er mit der Aufnahme in die Ehrenlegion belohnt wurde.

Vor diesem Hintergrund befasste er sich intensiv mit der Frage, wie man mit den besiegten Jakobinern (denn der Mainzer Jakobinerklub wurde am 8. Mai 1793 geschlossen) umgehen sollte. Den Clubbisten war es nach dem Abzug der Franzosen schlecht ergangen. Tage der Rache, des sogenannten „weißen“ Terrors, nahmen Ende Juli 1793 ihren Lauf. Mit Billigung der Preußischen Armee wurden die Häuser der Jakobiner geplündert, überall wurde nach ihnen gesucht – nicht ohne sie zu misshandeln, ehe



Die geschlagenen Franzosen scherten sich nicht um die deutschen Jakobiner.



sie der zuständigen Justiz des Landesherren übergeben wurden. Nach der damaligen Rechtslage hatten auch sie einen Anspruch auf ein ordentliches Verfahren samt Einzelfallprüfung. Die daran anknüpfenden Prozesse des Kurfürstlichen Mainz waren die ersten politischen Strafverfahren Deutschlands.

Die geschlagenen Franzosen scherten sich nicht um die deutschen Jakobiner, wie die Hesen-Darmstädtische Landzeitung vom 27. Juli 1793 berichtete: „...die Franzosen (auch ein National-Charakterzug) machten nicht die geringste Mine, ihre Freunde zu retten, im Gegenteil schoben sie dieselbe lächelnd den von Rache entbrannten Teutschen zu.“ Goethe war kein Teil dieser Rache, sondern bewahrte Clubbisten vor der Lynchjustiz durch zurückgekehrte Mainzer. In Zusammenhang mit diesem Vorfall, der in seiner (erst 1820 abgefassten) „Belagerung von Maynz“ nachzulesen ist, steht eine seiner politisch bedeutendsten Aussagen: „Es ist besser, es geschehe dir Unrecht, als die Welt sei ohne Gesetz. Deshalb füge sich jeder dem Gesetze. Es ist besser, dass Ungerechtigkeiten geschehen, als dass sie auf ungerechte Weise behoben werden.“

Sein primäres Interesse galt somit dem Durchbrechen der Gewaltspirale. Sein persönliches Einschreiten in Mainz ist auf die Verhinderung von



Zug zur Errichtung des ersten Mainzer Freiheitsbaums, 1792. Kupferstich, 1796

Selbstjustiz ausgerichtet. Nicht das (grenzenlose) Gerechtigkeitsgefühl war für ihn in diesem Moment der Abwesenheit der Ordnungsmacht ausschlaggebend, sondern die Herstellung eines (inselhaften) Burgfriedens. Es ging ihm um die Vermeidung eines durch Hass und Rache genährten Bürgerkriegs, „weil sich das Unglück ja sonst verewige“. Goethe positioniert sich somit klar gegen jede Form naturrechtlich inspirierter Selbstjustiz und stellt sich – jede rechtspositivistische Tradition vorwegnehmend – auf die Seite des Gewaltmonopols.

Vor dem Hintergrund seines Eingreifens in Mainz gerät man leicht in Versuchung, Goethe falsch einzuschätzen und ihn als Jakobiner-Freund zu begreifen. Obgleich Illuminat, war er weder ein Anhänger der Revolution („Erst stellt man Mirabeau-Büsten auf, dann Freiheitsbäume und Galgen, am Ende herrscht bürgerlicher Krieg.“) noch der Clubbisten („... ein verderbtes Geschlecht, unwürdig, das Gute zu schaffen...“), eher ein strukturkonservativer Ordnungsmensch, dem Chaos und Anarchie ein Gräuel waren. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass sein späteres Eintreten für Napoleon und den Rheinbund nicht bloßer Ausdruck eines realpolitischen Pragmatismus, sondern tiefstes Anliegen eines überzeugten Kosmopoliten war.

Literatur:

Gustav Seibt: *Mit einer Art von Wut. Goethe in der Revolution.* C.H. Beck 2014.

Heinz Brauburger: *Die Mainzer Republik 1792/93 – ein Ort der Demokratie und Freiheit?* Leinpfad Verlag 2016.

Arnulf Helderstorfer

Die Meuterei auf der Bounty

Eine schwarze Legende



„Auch die Handhabung der Peitsche ist eine Wissenschaft“, sagt Charles Laughton in der Rolle des Kapitäns Bligh bereits zu Beginn des Filmklassikers *Die Meuterei auf der Bounty* aus dem Jahr 1935. Damit ist die Rollenverteilung klar. Bis heute gilt Bligh als Verkörperung des sadistischen Seeoffiziers, der seine Macht brutal ausnutzt und seine Untergebenen schindet. Die Meuterei wird damit zum Befreiungsschlag eines idealistischen, humanen Offiziers, der diesem brutalen Treiben aus Gewissensnot nicht mehr untätig zuzuschauen vermag. Der Anführer der Meuterer, Fletcher Christian, beendet Blighs Tyrannei, wohl wissend, so auch sein eigenes Schicksal zu besiegeln.

Als Leutnant William Bligh im März 1790, elf Monate nach der Meuterei, wieder nach Großbritannien zurückkehrte, wurde er dagegen als Held gefeiert. Auch unter Marinehistorikern gilt die Figur des grausamen Kapitäns als widerlegt. Wie wurde über zwei Jahrhunderte hinweg aus einem Seehelden ein veritabler Schurke? Die Spurensuche führt zu einem höchst erfolgreichen Rufmord und einer schwarzen Legende, die die Wahrheit verdeckt hat.

Die Fahrt der *Bounty* zur Südseeinsel Tahiti hatte ursprünglich den Zweck, Brotfrüchte zu den britischen Besitzungen in der Karibik zu transportieren, um dort als günstige Nahrungsquelle für die Plantagenklaven zu dienen. Auf Drängen der einflussreichen Plantagenbesitzer und mit Unterstützung des bestens vernetzten und hoch angesehenen Botanikers und Forschungsmäzens Sir Joseph Banks kaufte die britische Admiralität eigens ein Frachtschiff an, um die begehrten Pflanzen um die halbe Welt zu transportieren. Auf Anraten Banks' wurde Leutnant William Bligh mit der Schiffsführung beauftragt.

Für die Marineführung war die Reise jedoch offensichtlich von geringer Priorität, weswegen kein vollwertiges Kriegsschiff losgeschickt wurde. Die Klassifizierung der *Bounty* als bewaffnetes Transportschiff brachte auch einige andere Nachteile mit sich, die sich später als fatal erweisen sollten. Bligh entging

dadurch die begehrte Beförderung zum Vollkapitän, er war der einzige Offizier an Bord und vor allem fehlten Seesoldaten, die auf Kriegsschiffen zur Aufrechterhaltung der Disziplin und zum Schutz des Kommandanten und der Offiziere zuständig waren.

Die Betrauung Blighs mit dieser Mission war naheliegend. Bligh war als Navigator bei der dritten Forschungsreise von James Cook mit dabei gewesen und kannte deswegen Tahiti bereits. Wegen verspäteter Segelorder (ein weiteres Indiz für den geringen Stellenwert der Reise bei der Admiralität) konnte die *Bounty* erst Ende November 1787 lossegeln, wurde danach durch widrige Winde fast einen Monat im Ärmelkanal festgehalten und erreichte so erst Ende Dezember die offene See. Nach einem kurzen Zwischenstopp auf Teneriffa führte Bligh sein Schiff danach auf direktem Weg zu den Falklandinseln, um Kap Horn zu umsegeln und so auf kürzestem Weg ans Ziel zu gelangen.

Jetzt rächte sich die verspätete Segelorder der Admiralität, denn als die *Bounty* Ende März Feuerland erreichte, neigte sich der antarktische Sommer dem Ende zu. Einen Monat kämpften Mannschaft und Schiff gegen die Naturgewalten am Kap Horn an, dann befahl Bligh die Kursänderung zum Kap der Guten Hoffnung. Am 20. August erreichten Bligh und seine Männer Tasmanien und schließlich am 26.



Oktober 1788 nach elf Monaten auf See Tahiti.

Für die britischen Seeleute muss die Insel bei ihrer Ankunft wie das Paradies auf Erden gewirkt haben: Die Bergwälder sind von kleinen Tälern durchzogen, die Vegetation ist üppig, die Temperatur angenehm warm. Doch mehr als die Schönheit der Natur faszinierten sie wohl die freundlichen, offenen Menschen, insbesondere die schönen, auch sexuell offenherzigen Frauen. Die Aussicht, auf Grund der Wetterverhältnisse fünf Monate in diesem Tropenparadies zu verbringen, war für

die Besatzung der *Bounty* ein Glücksfall. Das beste Los zog Fletcher Christian. Mit einem kleinen Trupp errichtete er ein Basislager auf der Insel, wo die für den Transport bestimmten Brotfruchtbaum-Schößlinge gezogen wurden. Christian, sein Stellvertreter Fähnrich Peter Heywood und seine Männer mussten damit über Nacht nicht mehr an Bord zurückkehren.

Dramatis Personae

An dieser Stelle ist es an der Zeit, einen Blick auf die beiden Hauptprotagonisten dieser Tragödie zu werfen: William Bligh, 1754 in eine Familie mit langer Seefahrertradition geboren, hatte seine Laufbahn auf See als Kadett mit fünfzehn Jahren begonnen. Wegweisend für seine weitere Karriere, aber auch



William Bligh im Jahr 1814, bereits im Rang eines Konteradmirals. Gemälde von Alexander Huey.

für seinen persönlichen Führungsstil als Kommandant, war die erwähnte Teilnahme an der dritten Südseereise von James Cook. Die von Bligh angefertigten Karten waren von höchster Präzision, Cook war voll des Lobes für den 21jährigen; Bligh galt von da an als exzellenter Navigator und hervorragender Seemann. Von Cook übernahm Bligh zahlreiche Neuerungen in der Schiffsführung. Hervorstechend war seine Sorge um seine Mannschaft. Bligh legte großen Wert auf Hygiene sowie gute und vitaminreiche Ernährung an

Bord, um der weitverbreiteten Skorbut vorzubeugen. Zudem hatte er für die Reise eigens einen Fiedler angeworben, um die Moral der Mannschaft aufrechtzuerhalten.

Nicht ohne Grund war Bligh stolz darauf, auf der langen Reise nach Tahiti keinen Mann verloren zu haben. Im Gegensatz zu den landläufigen Darstellungen, war er das Gegenteil eines sadistischen und grausamen Kommandanten. Er ließ deutlich weniger Seeleute auspeitschen als damals üblich, da er den häufigen Einsatz dieser Disziplinierungsmaßnahme als Zeichen eines schlechten Kommandanten ansah. Insgesamt verhängte er weniger und mildere Strafen als die allermeisten Kommandanten seiner Zeit. Bligh war Perfektionist, der sich selbst nicht schonte. Die Perfektion, die er selbst bei der Schiffsführung



an den Tag, verlangte er auch von seinen Untergebenen. Entsprachen diese nicht seinen Vorstellungen, zeigte sich seine negative Seite, denn er neigte zu unkontrollierten Zornausbrüchen und Beschimpfungen.

Fletcher Christian wiederum, 1764 geboren, entstammte einer traditionsreichen Familie des niederen Adels von der Isle auf Man. Mit siebzehn Jahren fuhr er das erste Mal zu See, was damals recht spät war. Nach seinem ersten Ausscheiden aus der Kriegsmarine heuerte er auf dem Handelsschiff Britannia unter dem Kommando William Blighs an. Er kann durchaus als Protegé Blighs bezeichnet werden und wurde von diesem eigens für die Reise auf der Bounty angeworben. Im Zuge der Reise nach Tahiti beförderte Bligh den als Steuermannsmaat (ein Unteroffiziersdienstgrad) dienenden Fletcher Christian unter Umgehung des ranghöheren Steuermanns John Fryer zu seinem Stellvertreter, was das anfangs gute Verhältnis der beiden herausstreicht. Erst auf Tahiti sollte sich das Verhältnis eintrüben.

Der lange Aufenthalt im Inselparadies ließ Stück für Stück die Disziplin von Blighs ganzer Mannschaft erodieren. Den Höhepunkt dabei bildete die Desertation von drei Matrosen, unter ihnen ausgerechnet der für Disziplin und Sicherheit verantwortliche Wachmeister Charles Churchill. Insbesondere nachlässige Decks- und Unteroffiziere erregten Blighs Zorn; er neigte dann dazu, sie in aller Öffentlichkeit abzukanzeln und zu beschimpfen. Gerade sein Protegé Fletcher Christian, von dem er sich enttäuscht sah, wurde so immer öfter zur Zielscheibe des jähzornigen Bligh.

Ohne Zweifel dürfte das Verlassen Tahitis den meisten Männern der Bounty schwergefallen sein,



Bligh und seine Getreuen werden auf der Barkasse ausgesetzt.

die sich jetzt wieder mit dem harten Leben auf See konfrontiert sahen. Einige waren Beziehungen zu einheimischen Frauen eingegangen, so gut wie alle hatten Freunde auf der Insel gefunden. Auf der Rückreise nahmen die Spannungen zwischen Bligh und Fletcher Christian immer weiter zu. Was nun der eigentliche Auslöser für die Meuterei am 28. April 1789 war, ist schwer zu klären; es existieren unterschiedliche Darstellungen. Es dürfte sich wohl um eine Kurzschlussreaktion Fletcher Christians auf die Demütigungen Blighs gehandelt haben. Dieser schwang sich zum Anführer der Meuterer auf und setzte Bligh mit seinen Getreuen mitten im Pazifik in der offenen Barkasse der Bounty aus.

Ohne Seekarten, mit wenig Proviant und Wasser in einem überfüllten Boot, standen Blighs Chancen zu überleben gering. Dennoch schaffte er das Unmögliche und führte die loyalen Männer in einer strapaziösen, sechswöchigen Fahrt über 6700 Kilometer zu einem niederländischen Handelsstützpunkt auf Timor; nur ein Mannschaftsmitglied starb, als er bei der Proviantaufnahme von Einheimischen erschlagen wurde. Diese Reise im offenen Boot gilt bis heute als herausragende seemännische Leistung und unterstreicht Blighs Können als Navigator.

Eine schwarze Legende wird geboren

Von Niederländisch-Ostindien kehrte Bligh nach England zurück, wo er sich vor einem Kriegsgericht für den Verlust der Bounty verantworten musste. Erwartungsgemäß wurde er freigesprochen und mit einer neuen Expedition nach Tahiti beauftragt, um die ersehnten Brotfrüchte in die Karibik zu transportieren.



In der Zwischenzeit hatte die Admiralität die Fregatte Pandora in die Südsee entsandt, um die Meuterer aufzuspüren und vor ein Gericht zu bringen. Fletcher Christian war zunächst wieder nach Tahiti gesegelt, wo ein Teil der Meuterer und jene loyalen Besatzungsmitglieder, für die in Blighs Boot kein Platz mehr gewesen war,



Pitcairn Island, 1877

zurückblieben. Schließlich siedelte er sich mit seinen Getreuen auf der abgeschiedenen Insel Pitcairn an, wo deren Nachfahren noch heute leben.

Jene Meuterer, die auf Tahiti geblieben waren, wurden nach England gebracht und vor ein Kriegsgericht gestellt, während Bligh auf seiner zweiten Brotfruchtmission war. Dort zeigte sich, dass einige der Meuterer über äußerst einflussreiche Freunde und Verwandte verfügten. Der Seekadett Peter Haywood wurde zwar zum Tode verurteilt, aber auf Drängen seiner Familie und seiner Freunde begnadigt und stieg später zum Kapitän eines Linienschiffs auf. Gemeinsam mit anderen hat er seinen Teil zur schwarzen Legende um William Bligh beigetragen. Im Jahr 1831 veröffentlichte Sir John Barrow, ein Freund der Haywoods, eine erste unabhängige Darstellung der Meuterei; wenig verwunderlich wird Bligh nicht schmeichelhaft beschrieben.

Neben Haywoods Fürsprechern tat vor allem der ältere Bruder von Fletcher Christian, Edward Christian, ein angesehener Rechtsprofessor an der Universität Cambridge, alles um den Ruf seiner Familie und den seines Bruders wiederherzustellen. Edward Christian führte mit Freunden seine eigenen inoffiziellen Untersuchungen durch und veröffentlichte einen Appendix zum Bericht des Anwalts des Meuterers William Musprett über den Prozess gegen die Meuterer. Da die Meuterei an sich nicht zu recht-

fertigen war, wurden in diesem Appendix Blighs angebliche Schindereien als Ursache in den Mittelpunkt gerückt. Gerade in von der Französischen Revolution beeinflussten Kreisen fiel dieser Bericht auf fruchtbaren Boden. Weitere zunehmend einflussreichere Gegner fand Bligh in der Antisklaverei-Bewegung, die ein Pam-

phlet eines weiteren begnadigten Meuterers, James Morrison, in Umlauf brachten, das Bligh ebenfalls äußerst negativ darstellte. Für sie war es insbesondere der Hintergrund der Mission, also günstige Sklavennahrung für die Karibik, die Bligh in ein schlechtes Licht rückte.

Im 20. Jahrhundert war es vor allem ein Buch, das diese Legende fortspann: *Die Meuterei auf der Bounty – Schiff ohne Hafen* von Charles Nordhoff und James Hall. Dieses Werk diente als Vorlage für die wohl bekanntesten Filme über die Meuterei, aus den Jahren 1935 mit Charles Laughton als Bligh und Clark Gable als Christian sowie 1962 mit Trevor Howard und Marlon Brando. In diesen Werken erscheint Bligh als sadistischer Tyrann. Der Film *Die Bounty* mit Anthony Hopkins und Mel Gibson erreichte dagegen wesentlich weniger Aufmerksamkeit, obwohl er um historische Akkuratess bemüht war.

Eher anekdotenhaft mutet ein Streit zwischen den Familien Christian und Bligh im Vorfeld einer BBC-Dokumentation im Jahr 1998 über die Hintergründe der Meuterei an. Doch auch abseits der Meuterei machten die Blighs und die Christians in jüngerer Zeit Schlagzeilen. William Blighs Nachfahrin Anna Bligh war von 2007 bis 2012 Premierministerin Australiens. Fletcher Christians Nachkomme Steve Christian war bis 2004 Bürgermeister der Pitcairn Insel und wurde danach wegen Kindesmissbrauch verurteilt.

Adharas Stimme



Es begab sich aber nach etlicher Zeit, dass Kain dem Herrn Opfer brachte von den Früchten des Feldes. Und auch Abel brachte von den Erstlingen seiner Herde und von ihrem Fett. Und der Herr sah gnädig an Abel und sein Opfer, aber Kain und sein Opfer sah er nicht gnädig an. Da ergrimmte Kain sehr und senkte finster seinen Blick. Da sprach der Herr zu Kain: *„Warum ergrimmt du? Und warum senkst du deinen Blick? Ist's nicht so: Wenn du fromm bist, so kannst du frei den Blick erheben. Bist du aber nicht fromm, so lauert die Sünde vor der Tür, und nach dir hat sie Verlangen; du aber herrsche über sie.“*

Da sprach Kain zu seinem Bruder Abel: *„Lass uns aufs Feld gehen!“* Und es begab sich, als sie auf dem Felde waren, erhob sich Kain wider seinen Bruder Abel und schlug ihn tot. Da sprach der Herr zu Kain: *„Wo ist dein Bruder Abel?“* Er sprach: *„Ich weiß nicht; soll ich meines Bruders Hüter sein?“* Er aber sprach: *„Was hast du getan? Die Stimme des Blutes deines Bruders schreit zu mir von der Erde. Und nun: Verflucht seist du auf der Erde, die ihr Maul hat aufgetan und deines Bruders Blut von*

deinen Händen empfangen. Wenn du den Acker bebauen wirst, soll er dir hinfort seinen Ertrag nicht geben. Unstet und flüchtig sollst du sein auf Erden.“

Kain aber sprach zu dem Herrn: *„Meine Schuld ist zu schwer, als dass ich sie tragen könnte. Siehe, du treibst mich heute vom Acker, und ich muss mich vor deinem Angesicht verbergen und muss unstet und flüchtig sein auf Erden. So wird mir's gehen, dass mich totschrägt, wer mich findet.“* (Gen 4)

Gott, gib dein Recht dem König und deine Gerechtigkeit dem Königssohn, dass er dein Volk richte in Gerechtigkeit und deine Elenden nach dem Recht.

Lass die Berge Frieden bringen für das Volk und die Hügel Gerechtigkeit. Er soll den Elenden im Volk Recht schaffen und den Armen helfen und die Bedränger zermalmen. Er soll leben, solange die Sonne scheint und solange der Mond währt, von Geschlecht zu Geschlecht. Er soll herabfahren wie der Regen auf die Aue, wie die Tropfen, die das Land feuchten.

Zu seinen Zeiten soll blühen die Gerechtigkeit und großer Friede sein, bis der Mond nicht mehr ist... (Ps 72)

Adhara

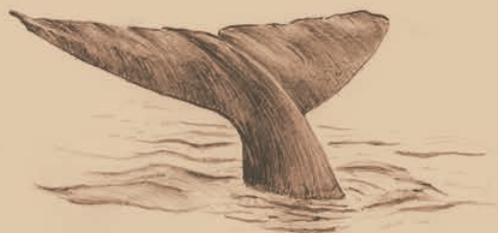
Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis (Abkürzungen: (b)=bearbeitet, WCg=Wikimedia Commons, gemeinfrei): S. 1: akg-images · S. 2: akg-images · S. 3, 5, 56: WCg / Flickr, gemeinfrei · S. 4, 6-7: akg-images · S. 9: WCg · 10: WCg · 11: WCg · S. 13: © Sotheby's / akg-images · S. 14: WCg · S. 15: WCg · S. 16: akg-images · S. 17: akg-images · S. 20: akg-images / Günther Schaefer · S. 21: Emmanuel Ortiz / akg-images · S. 22: Mil.gov.ua (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:93rd_brigade_first_days_of_war_11.jpg), Colorgrading von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> · S. 23: Pixabay / ChanFactory · S. 4, 24-25: WCg · S. 26: akg-images / Pictures From History · S. 27: akg-images / Gerard Degeorge · S. 28: akg-images / Guenay Ulutuncok · S. 29: akg-images / Guenay Ulutuncok · S. 30: WCg · S. 31: WCg · S. 32: WCg · S. 34: © Sotheby's / akg-images · S. 35: akg-images · S. 36: akg-images / Elizaveta Becker · S. 37: akg-images / Elizaveta Becker · S. 38: WCg · S. 39: akg-images · S. 40: akg-images / UIG / Sovfoto · S. 41: akg-images / brandstaetter images / Barbara Pflaum · S. 43: Thomas Ledl (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Österreichischer_Staatsvertrag_Hofburg.JPG), Colorgrading von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 4, 44-45: akg-images · S. 46: akg-images · S. 47: akg-images · S. 48: akg-images · S. 49: akg-images · S. 51: WCg · S. 52: akg-images / WHA / World History Archive · S. 53: Heritage-Images / The Print Collector / akg-images · S. 54-55: Pixabay / LoggaWiggla · Illustrationen auf S. 1, 23, 43, 54, 56: Büro Rihl



Atterseekreis

frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG

Sponsoring.Mail

14Z040199 S

Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee

Blütenstraße 21/1, 4040 Linz